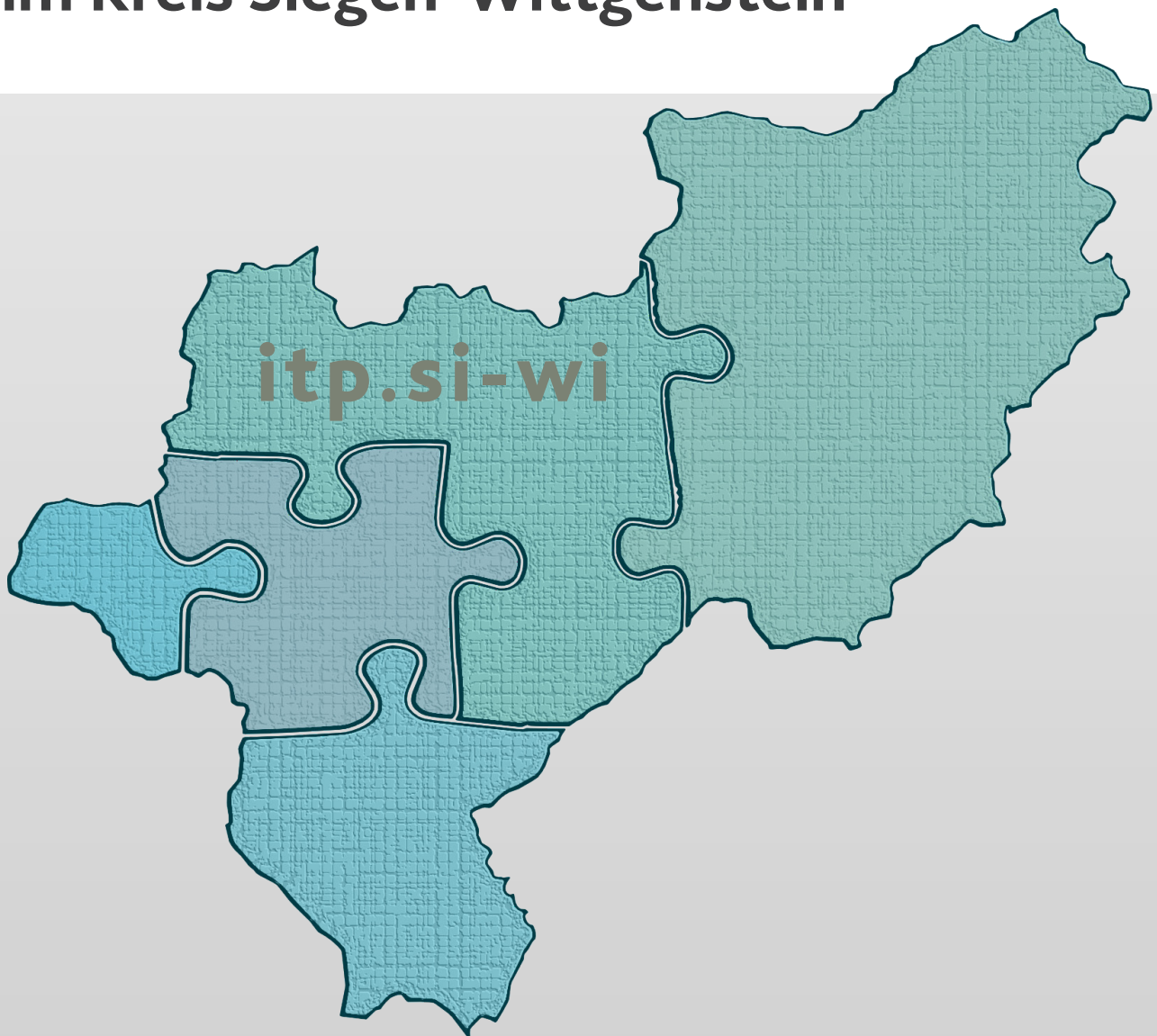


Integrierte Teilhabe- und Pflegeplanung im Kreis Siegen-Wittgenstein



Projektpapier 8 | Auswertungsbericht (Zusammenfassung)

**Siegen-
Wittgenstein**

Soziale Infrastruktur im Bereich der Hilfen für Menschen
mit Behinderungen, Gemeindepsychiatrie und Pflege

ZPE-Projektgruppe

Integrierte Teilhabe- und Pflegeplanung
im Kreis Siegen-Wittgenstein (iTP.si-wi)

Projektpapier 8 | Auswertungsbericht (Zusammenfassung)

Befragung zur sozialen Infrastruktur in den Bereichen
der Hilfen für Menschen mit Behinderungen,
Gemeindepsychiatrie und Pflege in den
Planungsräumen des Kreises Siegen-Wittgenstein

ZPE-Projektgruppe iTP.si-wi

Johannes Schädler, Lars Wissenbach, Martin Reichstein, Andreas Hohmann

Kontakt:

Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE)

Universität Siegen

Hölderlinstr. 3

57068 Siegen

+49 (0) 271 740-2228

sekretariat@zpe.uni-siegen.de

<https://www.uni-siegen.de/zpe/>

Siegen, Dezember 2020

Inhalt

1 Hintergrund und Zielsetzung der Befragung	7
2 Methodik, Sample und Durchführung der Befragung	8
3 Ergebnisse nach Planungsräumen	10
3.1 Planungsraum Mitte / Universitätsstadt Siegen.	10
3.1.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung.	12
3.1.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie	13
3.1.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege	14
3.1.4 Übergreifende Themen	16
3.2 Planungsraum Nord / Kreuztal – Hilchenbach – Netphen	18
3.2.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung.	19
3.2.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie	22
3.2.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege	24
3.2.4 Übergreifende Themen	25
3.3 Planungsraum Ost / Erndtebrück – Bad Berleburg – Bad Laasphe	30
3.3.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung.	31
3.3.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie	32
3.3.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege	36
3.3.4 Übergreifende Themen	39
3.4 Planungsraum Süd / Wilnsdorf – Neunkirchen – Burbach	44
3.4.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung.	45
3.4.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie	46
3.4.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege	48
3.4.4 Übergreifende Themen	49
3.5 Planungsraum West / Freudenberg.	51
3.5.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung.	52
3.5.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie	53
3.5.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege	54
3.5.4 Übergreifende Themen	55

4. Betrachtung der Ergebnisse für den Gesamtkreis.....	57
Tabellenverzeichnis	63

1 Hintergrund und Zielsetzung der Befragung

Der Kreis Siegen-Wittgenstein führte von Januar 2019 bis Dezember 2020 in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen das Modellprojekt einer integrierten Teilhabe- und Pflegeplanung (iTP.si-wi) durch. Im Rahmen des Projekts sollten die Bereiche der Hilfen für Menschen mit Beeinträchtigungen, der Pflege sowie der Gemeindepsychiatrie im Kreis Siegen-Wittgenstein gemeinsam in den Blick genommen werden.

Der integrierte Planungsansatz des Projekts will die Ebene des Kreises stärker als bisher mit einer regionalisierten Struktur verknüpfen und die Koordinierungsleistungen des Kreises in den genannten Bereichen der sozialen Infrastruktur verbessern. In diesem Zusammenhang wurden im Kreis Siegen-Wittgenstein fünf regionale Planungsräume gebildet (Planungsraum Süd: Burbach, Neunkirchen, Wilnsdorf; Planungsraum Nord: Hilchenbach, Kreuztal, Netphen; Planungsraum Ost: Bad Berleburg, Erndtebrück, Bad Laasphe; Planungsraum Mitte: Universitätsstadt Siegen; Planungsraum West: Freudenberg). Für diese fünf Planungsräume sowie für die Kreisebene insgesamt wurden Ausgangsdaten erhoben und ausgewertet (siehe dazu iTP.si-wi Projektpapiere 2 bis 7), die durch eine schriftliche Befragung von Akteur*innen vertieft wurde. Die Befragung verfolgte eine dreifache Zielsetzung:

- (1) die Identifizierung von Themen im Kontext sozialer Infrastruktur in den Bereichen der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Gemeindepsychiatrie und Pflege, denen relevante Akteure in den Planungsräumen aktuell eine besondere Relevanz zumessen,
- (2) die Validierung bereits erhobener Daten zur sozialen Infrastruktur im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Gemeindepsychiatrie und Pflege in den Planungsräumen,
- (3) die Abfrage von Einschätzungen zu vorläufigen Thesen zur sozialen Infrastruktur im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Gemeindepsychiatrie und Pflege in den Planungsräumen.

2 Methodik, Sample und Durchführung der Befragung

Die Befragung wurde in allen elf Kommunen des Kreises Siegen-Wittgenstein durchgeführt und erfolgte auf der Ebene der im Rahmen des Projekts gebildeten Planungsräume:

- (1) Planungsraum Mitte: Siegen
- (2) Planungsraum Nord: Kreuztal – Hilchenbach – Netphen
- (3) Planungsraum Ost: Erndtebrück – Bad Berleburg – Bad Laasphe
- (4) Planungsraum Süd: Neunkirchen – Wilnsdorf – Burbach
- (5) Planungsraum West: Freudenberg
- (6) Planungsraum Mitte: Siegen

Die Befragung richtete sich an folgende Zielgruppen in den Planungsräumen des Kreises Siegen-Wittgenstein:

- (1) Selbsthilfe-/Selbstvertretungsorganisationen in den Bereichen Behinderung, Psychiatrie, Pflege
- (2) Leistungsanbieter in den Feldern der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Gemein-depsychiatrie und Pflege sowie im Vor- und Umfeld des Leistungsgeschehens
- (3) Verwaltungsmitarbeiter*innen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit Zustän-digkeiten in den Bereichen Behinderung, Psychiatrie, Pflege
- (4) Vertreter*innen der Kommunalpolitik

Die Identifizierung relevanter Akteure aus den o. g. Bereichen erfolgte durch das Sachgebiet Sozialplanung der Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein. Alle kreisangehörigen Kommunen wurden im Vorfeld über Hintergrund, Zielsetzung und Durchführungszeitraum der Befragung informiert. Die Durchführung der Befragung erfolgte im Zeitraum Juni bis September 2020. Die Befragung wurde in Form einer Online-Befragung über die Online-Umfrage-Applikation LimeSurvey durchgeführt. Dafür wurde ein Fragebogen erstellt, welcher über einen Weblink zugänglich per Mail zusammen mit einem Anschreiben der Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein im Namen des Landrats an alle identifizierten Akteure versendet wurden.

Der Fragebogen wurde in Form von individualisierten, einmal nutzbaren Zugängen an 302 Adressen versendet. Diese wurden durch die Kreisverwaltung Siegen-Wittgenstein bereitgestellt. An der Befragung teilgenommen haben insgesamt 82 Personen. Dies ergibt eine Rücklaufquote von 27 Prozent. Im Antwortspektrum der Befragung sind Perspektiven aller Status- und Zielgruppen vertreten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Insgesamt sind die Ergebnisse insbesondere in Hinblick auf die Statusgruppen Selbstvertretung und Politik mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten, da die Teilnahme dieser Statusgruppen vergleichsweise gering ausfällt. Die relativ geringe Beteiligung der Politik kann auch darauf zurückgeführt werden, dass die Befragung zwischen zwei Legislaturperioden durchgeführt wurde. Insbesondere für den Bereich der Einrichtungen und Dienste kann hingegen davon ausgegangen werden, dass die Perspektiven der Mehrzahl der relevanten Akteure im Planungsraum erfasst werden konnten. Die Verteilung der Rückmeldungen aus dem Gesamtkreis nach Statusgruppen stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1: Rücklauf nach Zielgruppen gesamt

Zielgruppe	n	N	Rücklaufquote
Selbsthilfe / Selbstvertretung	3	29	10%
Einrichtungen und Dienste	51	151	34%
Verwaltung	19	45	42%
Politik	4	77	5%
Sonstiges ¹	5	0	-
Gesamt:	82	302	27%

Die Anzahl der Rückmeldungen aus den Planungsräumen stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 2: Rücklauf nach Planungsraum gesamt

Planungsraum ²	n
Nord	26
Ost	25
Süd	15
West	12
Mitte	29

Der Fragebogen beinhaltete Fragen zu Einschätzungen und Bewertungen einzelner Leistungsbereiche in den Feldern der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Psychiatrie und Pflege

1 selbstgewählte Auswahloption im Rahmen des Fragebogens

2 Mehrfachzuordnung war möglich

sowie deren Vor- und Umfeld. Die Einschätzungen und Bewertungen wurden über 5-stufige Skalen (stimme zu – stimme eher zu – stimme eher nicht zu – stimme nicht zu – keine Einschätzung möglich) abgefragt. Darüber hinaus wurden Erläuterungen von Bewertungen und Einschätzungen über offene Antwortmöglichkeiten / Textfelder abgefragt. Insgesamt beinhaltete die Befragung fünf Themenblöcke, die über Filter entsprechend der Kenntnisse und Merkmale einer befragten Person ausdifferenziert wurden. Die Zuordnung der befragten Personen zu den Planungsräumen erfolgte über eine Selbstzuordnung der Befragten am Anfang des Fragebogens. Bei Akteuren, die in mehreren Planungsräumen aktiv sind, wurden einzelne Fragen jeweils nach Planungsräumen disaggregiert. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Befragung in einer Zusammenfassung dargestellt.

3 Ergebnisse nach Planungsräumen

3.1 Planungsraum Mitte / Universitätsstadt Siegen

Insgesamt liegen Rückmeldungen von 29 Akteuren vor, die im Planungsraum Mitte tätig sind. Die überwiegende Mehrzahl dieser Akteure sind Einrichtungen und Dienste (20). Aus der Verwaltung liegen fünf Rückmeldungen vor. Zwei Rückmeldungen liegen von Akteuren der Selbstvertretung/Selbsthilfe vor, eine Rückmeldung entfällt auf die Politik. 22 Akteure sind ausschließlich im Planungsraum Mitte tätig. Dies sind fünf Vertreter*innen kommunaler Verwaltungen, 13 Vertreter*innen von Einrichtungen und Diensten, 2 Akteure der Selbstvertretung/Selbsthilfe und ein Akteur der Politik. Die übrigen sieben Akteure sind in mindestens einem weiteren Planungsraum aktiv; darunter zwei Akteure der Einrichtungen/Dienste welche kreisweit tätig sind. Die nachfolgende Tabelle stellt die Rückläufe im Zusammenhang mit dem Planungsraum Mitte nach Statusgruppen dar.

Tabelle 3: Rücklauf nach Statusgruppe PL Mitte

Statusgruppe	n
Einrichtungen und Dienste	20
Verwaltung	5
Politik	1
Selbsthilfe / Selbstvertretung	2
Sonstige	1

Die antwortenden Personen sind im Planungsraum Mitte mit unterschiedlichen Personengruppen befasst. Ihre Angebote richten sich an alle hier abgefragten Zielgruppen, wobei die mit Abstand meisten Antwortenden im Planungsraum Mitte mit Menschen mit psychischen Erkrankungen (22) arbeiten.

Demgegenüber fällt die Verteilung auf die übrigen Zielgruppen gleichmäßiger aus. 13 Akteure arbeiten im Bereich der Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, jeweils zwölf im Bereich der Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung und für Menschen mit Pflegebedarf sowie elf im Bereich der Hilfen für ältere Menschen. Die am wenigsten genannte Zielgruppe sind Menschen mit Sinnesbeeinträchtigung (9). Die nachfolgende Tabelle stellt die entsprechenden Rückmeldungen in einer Übersicht dar.

Tabelle 4: Rücklauf nach Zielgruppe PL Mitte

Zielgruppe ³	n
Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung	13
Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung	12
Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung	9
Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	22
Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf	12
Hilfen für ältere Menschen	11

Im Antwortspektrum der Befragung sind damit für den Planungsraum Mitte Perspektiven aller Status- und Zielgruppen vertreten, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Insgesamt sind die Ergebnisse insbesondere in Hinblick auf die Statusgruppen Selbstvertretung und Politik mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten, da die Teilnahme dieser Statusgruppen vergleichsweise gering ausfällt. Insbesondere für den Bereich der Einrichtungen und Dienste kann hingegen davon ausgegangen werden, dass die Perspektiven der Mehrzahl der relevanten Akteure im Planungsraum erfasst werden konnten. Die Situation im Planungsraum Mitte ist – den Einschätzungen der antwortenden Akteure zufolge – gekennzeichnet durch eine Reihe von Herausforderungen, die größtenteils im Rahmen der ersten Datenauswertung bereits aufgezeigt und diskutiert wurden (siehe auch Projektpapiere 2 und 3).

3 Mehrfachzuordnung war möglich.

3.1.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung

Für den Bereich der Hilfen für Menschen mit sog. geistigen Behinderungen haben im Planungsraum Mitte 29 Akteure (n=29) eine Einschätzung abgegeben. Die Anzahl der Befragten, die angeben, keine Einschätzung vornehmen zu können, variiert dabei zwischen acht und 19. Explizit dem Feld der Hilfen für Menschen mit Behinderungen zugeordnet haben sich 13 der insgesamt 29 Akteure, die Einschätzungen für den Planungsraum Mitte abgegeben haben. Die meisten Einschätzungen werden zu inklusiven Wohnformen abgegeben (20; n=29). Die geringste Anzahl von Einschätzungen (10; n=29) wird zu Angeboten der Frühförderung abgegeben.

In den Themenbereichen Frühförderung, Kindertageseinrichtungen, Schule und familienunterstützende / familienentlastende Hilfen fallen die Einschätzungen vergleichsweise kontrovers aus und beschreiben größtenteils Tendenzen (eher / eher nicht) als konkrete Einschätzungen (trifft zu / trifft nicht zu). Für den Bereich der inklusiven Beschulung wird in den offenen Rückmeldungen einerseits auf eine generell positive Entwicklung verwiesen. Andererseits wird aber auch eine mangelnde fachliche Vorbereitung und Unterstützung der Schulen kritisiert und darauf verwiesen, dass dieser Umstand zunehmend Widerstände gegen den Ausbau inklusiver Beschulung insgesamt bei allen Beteiligten hervorruft. In Bezug auf unterstützende Dienste wird in den offenen Einzelrückmeldungen darauf hingewiesen, dass das aktuelle Angebot zwar die Bedarfe des Planungsraums abdeckt, jedoch in Teilen das gesamte Kreisgebiet aus dem Planungsraum mitversorgt wird, was zu Engpässen führt.

Eindeutiger stellen sich die Einschätzungen für die Bereiche Wohnen und Beschäftigung dar, hier beinhalten die Einschätzungen deutliche Problemanzeigen. Für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung weisen die Einschätzungen deutlich auf einen Mangel im Bereich inklusiver Wohnformen hin. Dies verweist möglicherweise auf ein tendenzielles Festhalten der im Planungsraum aktiven Träger an etablierten Einrichtungsformen (z. B. Wohnheimen). Ein weiterer Faktor ist hier möglicherweise auch die angespannte Situation auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt im Planungsraum. Auch in den offenen Rückmeldungen wird mehrfach auf die Herausforderungen hingewiesen, die ein allgemeiner Mangel an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum, insbesondere in Bezug auf kleinere Wohneinheiten, für die Ausgestaltung inklusiver Wohnformen mit sich bringt.

Für den Bereich inklusiver Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung konstatieren die vorliegenden Einschätzungen ebenfalls ei-

nen Mangel. Bei den Rückmeldungen fällt auf, dass entsprechende Probleme weniger von Akteuren des Bereichs Psychiatrie als von Akteuren der Hilfen für Menschen mit Behinderungen gesehen werden. Dies verweist möglicherweise darauf, dass sich die Situation für diese beiden Zielgruppen hier unterschiedlich darstellt und sich die Versorgungslage aus Sicht der Befragten im Bereich Psychiatrie zufriedenstellender darstellt.

In den offenen Rückmeldungen wird zudem auf die Herausforderungen eines generellen Rückgangs an sogenannten „Einfacharbeitsplätzen“⁴ verwiesen. Auch hingewiesen wird auf einen Mangel an Inklusionsbetrieben und auf eine unzureichende Anpassung von Werkstätten an die Vorgaben der UN-BRK und des BTHGs. Die Möglichkeiten von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung wie auch von Menschen mit psychischen Erkrankungen zur Entwicklung eigener beruflicher Perspektiven werden in Einzelrückmeldungen als gering eingeschätzt.

3.1.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie

Für den Bereich der psychiatrischen Versorgung haben im Planungsraum Mitte 25 Akteure (n=25) eine Einschätzung abgegeben. Die Anzahl der Befragten, die angeben, keine Einschätzung vornehmen zu können, variiert dabei zwischen drei und 13. Explizit dem Feld der Psychiatrie zugeordnet haben sich 19 der insgesamt 25 Akteure, die Einschätzungen zum Bereich Psychiatrie für den Planungsraum Mitte abgegeben haben. Die meisten Einschätzungen werden zu Anlaufmöglichkeiten bei psychosozialen Krisen abgegeben (22; n=25). Die geringste Anzahl von Einschätzungen (12; n=25) wird zu der These abgegeben, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum vorschnell zu Klient*innen wohnbezogener Eingliederungshilfe werden.

Insgesamt wird die Versorgungsinfrastruktur im Bereich der Psychiatrie für den Planungsraum Mitte mit einer Ausnahme (Tagesstrukturierende Angebote) überwiegend kritisch eingeschätzt. Besonders eindeutig weisen die Einschätzungen auf drängende Herausforderungen im Bereich der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung und der ambulanten psychiatrischen Versorgung für Erwachsene hin.

Die kritische Einschätzung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung könnte u. a. mit einem Mangel an ortsnahen stationären Behandlungsmöglichkeiten im Kreis Siegen-Wittgenstein zu tun haben (siehe dazu Projektpapier 2). Rückmeldungen zur ambulanten Versorgung

4 Hinter diesem Begriff stecken vielschichtige Tätigkeiten, für die zwar keine formale Ausbildung erforderlich ist, die aber im betrieblichen Alltag erlernt werden können und die eine hohe Bedeutung für Unternehmen haben.

Erwachsener verweisen auf einen bekannten Mangel an niedergelassenen Psychiater*innen und Psycholog*innen. Auch das Angebot an Anlaufmöglichkeiten bei psychosozialen Krisen wird eindeutig als nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Vorhandene Kriseninterventionsmöglichkeiten werden in den offenen Einzelrückmeldungen als nicht angemessen eingeschätzt, so dass viele Menschen bei akuten Krisen keine Alternative zu einer stationären Aufnahme sehen. Nicht zuletzt auch die vergleichsweise hohe Anzahl von Rückmeldungen verweist auf Bekanntheit und Dringlichkeit entsprechender Probleme in diesen Bereichen. Offene Rückmeldungen verweisen auf mangelnde Erreichbarkeit und lange Wartezeiten bezüglich ambulanter, psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten hin, auch im Anschluss an stationäre Aufenthalte.

Verwiesen wird zudem auf eine hohe Bedeutung bestehender Selbsthilfegruppen, welchen häufig eine Überbrückungsfunktion bei langen Wartezeiten auf Behandlungs- und Therapieangebote zukomme. Einige Antworten beinhalten auch die Einschätzung, dass die aktuelle Angebotsstruktur nicht in der Lage sei, auf komplexere Problemlagen z. B. wohnungsloser Menschen angemessen zu reagieren. In Bezug auf unterstützende Dienste wird in den offenen Einzelrückmeldungen darauf hingewiesen, dass das aktuelle Angebot zwar die Bedarfe des Planungsraums abdeckt, jedoch in Teilen das gesamte Kreisgebiet aus dem Planungsraum mitversorgt wird, was zu Engpässen führt. Im Bereich ausbildungs- und beschäftigungsbezogener Unterstützungsmöglichkeiten werden die bestehenden Angebote als nicht ausreichend betrachtet und auf eine erschwerte Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt hingewiesen.

3.1.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege

Für den Bereich der Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf haben im Planungsraum Mitte 25 Akteure (n=25) eine Einschätzung abgegeben. Ein Drittel bis die Hälfte der Befragten gibt durchgängig an, keine Einschätzung vornehmen zu können. Explizit dem Feld der Pflege zugeordnet haben sich 12 der insgesamt 25 Akteure, die Einschätzungen für den Planungsraum Mitte abgegeben haben. Die meisten Einschätzungen werden zum aktuellen Angebot ambulanter Pflegedienste abgegeben (16; n=25). Die geringste Anzahl von Einschätzungen (jeweils 11; n=25) wird zu Tagespflege- und Hospizangeboten abgegeben. Insgesamt fällt auf, dass für den Planungsraum Mitte die Einschätzungen zur Infrastruktur der Angebote im Bereich Pflege und Hilfen für ältere Menschen überwiegend auf Problemanzeigen hindeuten und auch konkrete Herausforderungen benennen. Ausnahmen bilden hier lediglich die Angebote der offenen Altenarbeit und die Hospizangebote.

Während die Einschätzungen verschiedene Fragen hinsichtlich struktureller Herausforderungen, beispielsweise in Bezug auf die zukünftige Bedarfsdeckung ambulanter und stationärer Angebote aufwerfen, werden nicht zuletzt in den Bereichen der Tagespflege und der Kurzzeitpflege sehr deutliche Problemanzeigen hinsichtlich der Verfügbarkeit entsprechender Angebote deutlich. Tagespflege wird im Kreis Siegen-Wittgenstein in 18 Einrichtungen mit derzeit insgesamt 282 Plätzen angeboten. Vier dieser Einrichtungen befinden sich im Planungsraum Mitte. Einschätzungen zur Bedarfsdeckung lagen zum Erhebungszeitpunkt nicht vor. Eine mangelnde Bedarfsdeckung im Bereich der Kurzzeitpflege ist bekannt. Dieser wird aktuell mit einer geplanten Angebotserweiterung von 40 Kurzzeitpflegeplätzen im Planungsraum begegnet (siehe Projektpapiere 2 und 3). Auch mit dieser Erweiterung wird die durchschnittliche Versorgungsquote für stationäre Kurzzeitpflege im Planungsraum Mitte mit 1,92 Prozent weiterhin unter dem Kreisdurchschnitt von 2,05 Prozent liegen. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, inwiefern die geplanten Erweiterungen die hier skizzierte Problemanzeige ausreichend adressieren. In jedem Fall scheint in den Bereichen der Tagespflege und der Kurzzeitpflege eine detailliertere Bedarfsermittlung im Rahmen der Pflegeplanung sinnvoll, um hier die Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu erhöhen.

Interessant erscheinen insbesondere auch die Ergebnisse der Befragung zu dem Angebot stationärer Pflegeeinrichtungen im Planungsraum. Hier geht eine deutliche Mehrzahl der Akteure davon aus, dass das aktuelle Angebot die Bedarfe in den kommenden Jahren nicht abdecken wird. Ein eher gegenteiliges Bild zeichnen hingegen die Bedarfsprognosen auf der Basis aktueller und geplanter Platzkontingente, die, auch aufgrund des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs in der Alterskohorte 80+, auf eine Bedarfsdeckung bei gleichbleibender Anzahl von Plätzen insbesondere in der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre verweist (siehe Projektpapiere 2 und 3).⁵ Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass im stationären Bereich zunächst kein weiterer Zubau von Plätzen notwendig wird, ist jedoch auch ein bedarfsdeckendes Angebot im Bereich ambulanter Versorgung. Die Einschätzungen der befragten Akteure weisen deutlich darauf hin, dass dieses aktuell nicht vorgehalten werden kann. Der aktuelle Kapazitätsmangel im Bereich der ambulanten Pflege, so die Einschätzung der befragten Akteure, kann auch zu einer entsprechenden Erhöhung an Bedarfen stationärer Versorgung führen. Auch hingewiesen wird auf die Herausforderung passender Pflegearrangements für Menschen mit komplexeren Bedarfslagen. Verwiesen wird zudem auf einen Mangel innovativer Wohn- und Unterstützungsformen, wie Pflege-WGs oder kleine Einrichtungen für ältere Menschen im Planungsraum Mitte.

5 Die Einschätzung bezieht sich auf aktuelle Platzkontingente unter Berücksichtigung bereits genehmigter, noch nicht realisierter Plätze.

Die Ergebnisse weisen insgesamt auf die hohe Bedeutung einer umfassenden Pflegeplanung hin, die alle Bereiche der Pflege sowie auch Angebote im Vor- und Umfeld der Pflegeleistungen in ein systematischeres Bedarfsmonitoring und eine darauf ausgerichtete Angebotssteuerung einschließt, auch wenn der gesetzliche Planungsauftrag für die verschiedenen Bereiche unterschiedlich explizit ausformuliert erscheint.

3.1.4 Übergreifende Themen

Die **Einschätzungen zu aktuellen Beratungsangeboten im Planungsraum Mitte** fallen für alle drei Felder kontrovers aus. Während das Angebot für die Felder Pflege und Behinderung tendenziell eher positiv eingeschätzt wird, zeigen die Einschätzungen im Bereich Psychiatrie keine klare Tendenz. Bezüglich der Beratungsangebote im Bereich Psychiatrie, aber auch in den beiden anderen Feldern wird in offenen Einzelrückmeldungen mehrfach darauf verwiesen, dass vorhandene Angebote ihren potentiellen Zielgruppen teilweise nicht bekannt sind. Angedeutet wird auch, dass Beratungsangebote eher in der Säule eines der drei Felder angesiedelt sind und dadurch bei möglicherweise komplexeren oder nicht klar zuordbaren Bedarfen überfordert sind. Deutlich positiv stehen die Akteure aller drei Felder einem übergreifenden Beratungsangebot für Fragen im Zusammenhang mit Behinderung, Pflege und psychischen Problemen gegenüber, eine Ausnahme bildet lediglich die Einschätzung der Verwaltung, die hier keinen Bedarf sieht. In einer Einzelrückmeldung wird darauf verwiesen, dass das Angebot der ‚Ergänzenden Unabhängigen Teilhabeberatung‘ (EUTB) theoretisch eine entsprechende Funktion einnimmt.

Des Weiteren lässt festhalten, dass die **Möglichkeiten einer wirksamen Interessenvertretung in Gremien des Planungsraums** in allen drei Feldern mehrheitlich als eher gering eingeschätzt werden. Besonders deutlich zeigt sich diese Einschätzung in Bezug auf Menschen mit einer sogenannten geistigen Behinderung. Offene Einzelrückmeldungen verweisen auf eine gute Beratung und Betreuung bestehender Selbsthilfegruppen durch die Koordinationsstelle der Diakonie, betonen aber gleichzeitig die Notwendigkeit einer Stärkung der Selbstvertretung um eine wirksame Vertretung der eigenen Interessen in den Gremien. Hinsichtlich bestehender Erfahrungen aus Gremien, in denen eine Beteiligung realisiert wird bzw. werden konnte (PSAG, AG Begegnung, Beirat der Menschen mit Behinderung), wird die Wirksamkeit dieser Beteiligungen im Rahmen offener Einzelrückmeldungen in Frage gestellt. Verwiesen wird umgekehrt auch darauf, dass die Möglichkeiten für eine Interessenvertretung grundsätzlich gegeben seien, aber von betroffenen Personen nur unzureichend in Anspruch genommen würden. Zu fragen wäre in diesem Zusammenhang, mit welchen Voraussetzungen eine solche Inanspruchnahme

verbunden ist und wie sich die Rahmenbedingungen für eine wirksame Interessenvertretung aktuell praktisch darstellen.

Die Akteure wurden auch zu **Möglichkeiten der Kooperation und der Koordination der Akteure im Planungsraum** befragt. Rückmeldungen zu den Austauschmöglichkeiten zu Stärken und Entwicklungsbedarfen im Sozialbereich für den Planungsraum Mitte fallen vergleichsweise divers aus und lassen keine eindeutige Einschätzung zu. Auch die Einschätzung der Unterstützung der Kooperation der Akteure im Sozialbereich durch die Kreisverwaltung fällt kontrovers aus, wird aber von einer leichten Mehrheit der Akteure als wirksam bzw. eher wirksam eingeschätzt. Die Einschätzung zu Beratung sozialpolitischer Probleme des Planungsraums in den relevanten Gremien auf Kreisebene fällt ebenfalls kontrovers aus. Eine leichte Mehrheit schätzt die Beratung sozialpolitischer Probleme des Planungsraums in den relevanten Gremien auf Kreisebene als eher nicht bzw. nicht wirksam ein. Bei allen hier dargestellten Rückmeldungen zeigen sich keine eindeutigen Einschätzungstendenzen hinsichtlich der befragten Status- und Zielgruppen.

Hinsichtlich einer **Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen bei der Planung von Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen** geht eine Mehrzahl der Rückmeldungen davon aus, dass eine Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen eher nicht bzw. nicht erfolgt. Dabei zeigen die Rückmeldungen, dass Akteure aus dem Bereich Psychiatrie eher eine Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen wahrnehmen, während insbesondere Akteure, die mit Menschen mit sogenannten geistigen Behinderungen arbeiten, tendenziell eher keine Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen wahrnehmen. Es kann angenommen werden, dass diese Einschätzungen bereichsspezifische Realitäten der Berücksichtigung sozialräumlicher Bedingungen widerspiegeln.

Zu der **übergreifenden Zusammenarbeit** zwischen den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Menschen mit Pflegebedarf sieht eine deutliche Mehrheit der befragten Akteure aus allen drei Feldern aktuell einen Mangel an bereichsübergreifender Zusammenarbeit.

Hinsichtlich des **Bedarfs an Wohnplätzen in gemeinschaftlichen Wohnformen** für Menschen mit sogenannter geistiger oder mehrfacher Behinderung sieht aktuell eine deutliche Mehrzahl der befragten Akteure tendenziell einen zusätzlichen Bedarf an entsprechenden Wohn-

plätzen. Gleichzeitig schätzt eine Mehrzahl der befragten Akteure die Berücksichtigung von Unterstützungsangeboten jenseits von Einrichtungen und Diensten bei der Gestaltung individueller Hilfearrangements als eher nicht bzw. nicht hinreichend ein. Die Notwendigkeit eines Ausbaus des ÖPNV für die Erreichbarkeit von Angeboten schätzt eine deutliche Mehrheit der befragten Akteure als dringlich bzw. eher dringlich ein. Offene Einzelrückmeldungen verweisen auf die wirtschaftliche Ausrichtung der Linienführungen, die zu Versorgungslücken im Hinblick auf die Erreichbarkeit von Angeboten und Einrichtungen außerhalb des Stadtkerns führen, insbesondere auch zu Randzeiten.

3.2 Planungsraum Nord / Kreuztal – Hilchenbach – Netphen

Insgesamt liegen Rückmeldungen von 26 Akteuren vor, die im Planungsraum Nord tätig sind. Die überwiegende Mehrzahl dieser Akteure sind Einrichtungen und Dienste (18). 14 Akteure sind ausschließlich im Planungsraum Nord tätig. Dies sind drei Vertreter*innen kommunaler Verwaltungen sowie neun Einrichtungen und Dienste. Die nachfolgende Tabelle stellt die Rückläufe im Zusammenhang mit dem Planungsraum Nord nach Statusgruppen dar.

Tabelle 5: Rücklauf nach Statusgruppen PR Nord

Statusgruppe	n
Einrichtungen und Dienste	18
Verwaltung	5
Politik	2
Selbsthilfe / Selbstvertretung	0
Sonstige	1

Die antwortenden Personen sind im Planungsraum Nord mit unterschiedlichen Personengruppen befasst. Ihre Angebote richten sich an alle hier abgefragten Zielgruppen, wobei die meisten Antwortenden mit Menschen mit psychischen Erkrankungen (13), älteren Menschen (13) und pflegebedürftigen Menschen (13) arbeiten. Die am wenigsten genannte Zielgruppe sind Menschen mit Sinnesbeeinträchtigung (8). Die nachfolgende Tabelle stellt die entsprechenden Rückmeldungen in einer Übersicht dar.

Tabelle 6: Rücklauf nach Zielgruppen PL Nord

Zielgruppe	n
Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung	9
Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung	10
Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung	8
Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	13
Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf	13
Hilfen für ältere Menschen	13

Die Befragten antworteten hauptsächlich aus der Perspektive von Einrichtungen und Diensten, die sich ganz überwiegend an Erwachsene richten. Fünf Befragte ordnen sich Verwaltungen zu. Jeweils die Hälfte der Antwortenden ordnet sich den Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, der Pflege und den Hilfen für ältere Menschen zu. Etwas weniger als ein Drittel hat auch vorrangige Schwerpunkte im Bereich der Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung und der Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderungen. Zehn Befragte ordnen sich den Hilfen für Menschen mit Körperbehinderungen zu. An der Befragung hat sich zudem ein Akteur beteiligt, der sich der Kategorie „sonstige“ zuordnet. Keine Antworten liegen von Akteuren der Selbsthilfe vor. Die nachfolgenden Aussagen sind daher mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten, weil im Antwortspektrum nicht alle relevanten Perspektiven vertreten sind. Es dominiert die Perspektive von Einrichtungen und Diensten und Verwaltungen.

3.2.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung

Bei den allermeisten Fragen in diesem Fragenblock gibt eine deutliche Mehrheit der Antwortenden keine Einschätzung ab. Darin spiegelt sich zum einen wahrscheinlich deren mehrheitliche Zugehörigkeit zum Pflegebereich wider. Es könnte aber auch ein Hinweis auf die erhebliche sektorielle Abgrenzung der betreffenden Hilfebereiche sein. Zum anderen ist auffällig, dass sich ein erheblicher Anteil der Befragten, die sich zu den Items als nicht auskunftsfähig einschätzen, dem Feld der Hilfen für Menschen mit Behinderungen zuordnet. Dies betrifft die Antworten zur *Frühförderung*, zur *inklusiven Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen*, zur *inklusiven Beschulung*, zu den *familienunterstützenden und familienentlastenden Diensten* und zu den *Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten* im Planungsraum.

Problemanzeigen im Bereich der Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung lassen sich v. a. für das Angebot der Frühförderung für Kinder mit Behinderungen oder Kinder, die von Behinderung bedroht sind, und für inklusive Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglich-

keiten ableiten. Auf einen gegebenen Handlungsbedarf verweisen die Einschätzungen der Befragten auch im Bereich der inklusiven Wohnformen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. Das im Planungsraum vorhandene Angebot an *inklusive Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen* sieht dagegen eine Mehrzahl der auskunftsfähigen Antwortenden als eher bedarfsdeckend bzw. bedarfsdeckend an. Relativ ausgeglichen ist das Antwortverhalten für die Einschätzung der im Planungsraum vorhandenen *Möglichkeiten inklusiver Beschulung*. Das im Planungsraum vorhandene Angebot an *familienunterstützenden und familienentlastenden Diensten* schätzt eine knappe Mehrheit der Antwortenden als in der Tendenz bedarfsdeckend ein. Eine knappe Mehrheit der Antwortenden schätzt den Ausbaustand hinsichtlich *inklusive Wohnformen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung* als unzureichend ein. In den Freitextantworten wird in diesem Zusammenhang die Versorgung mit geeignetem Wohnraum für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im hohen Erwachsenenalter als besonderes Problem rückgemeldet.

Die Befragten wurden auch um eine Erläuterung ihrer Einschätzung gebeten. Sie verweisen auf die differenzierten Angebote von Trägern der Lebenshilfe, AWO und INVEMA e.V. Befragte nennen einen Mangel an (bezahlbarem) Wohnraum für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im Erwachsenenalter. Mangelnder Wohnraum, fehlende Freizeitangebote und Treffpunkte werden als Ursache dafür gesehen, dass es für erwachsene Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung unattraktiv sei, im Planungsraum zu leben. Wohn- bzw. Versorgungsformen für Menschen mit Behinderungen im Alter werden als drängende Problematik benannt, da die klassische Altenhilfe auf diese Klientel nicht vorbereitet sei. Auch der Umstand, dass Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung insbesondere in den Bereichen Schule, Wohnen und Arbeit noch häufig in Sondereinrichtungen versorgt würden, wird als Herausforderung benannt.

Die Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen im Planungsraum Nord thematisieren zum großen Teil Querschnittsthemen, wie den Wohnungsmarkt, die Barrierefreiheit öffentlicher und privater Einrichtungen (z. B. Geschäfte, Arztpraxen, Dorfgemeinschaftshäuser) sowie Fragen der Mobilität. Die Befragten wurden zunächst nach den aus ihrer Sicht *drängendsten Herausforderungen* im Planungsraum Nord im Bereich der *Hilfen für Menschen mit Behinderungen* gefragt. Besonders häufig thematisieren die Befragten Herausforderungen in den Bereichen Barrierefreiheit, Inklusion ins Ausbildungs- und Arbeitsleben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als Herausforderun-

gen im Bereich der Barrierefreiheit werden barrierefreie Freizeitaktivitäten und Barrierefreiheit der dazu gehörigen Orte, mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und barrierefreier Wohnraum sowie Aspekte der Mobilität thematisiert. In Bezug auf Inklusion im Arbeitsleben nennen die Befragten eine Vermittlung von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt und die Schaffung von Alternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen. Befragte nennen Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (und hier beispielhaft individuell nutzbare Freizeitangebote), die Schaffung von Anreizen zur Teilhabe, Sportgelegenheiten, die Finanzierung von Assistenz im Freizeitbereich, die Übersetzung von Dokumenten wie Speisekarten in Restaurants sowie Informationen der Verwaltung in leichte Sprache, und die Bereitschaft der Mitmenschen, die Teilhabebestrebungen von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung zuzulassen.

Die Befragten thematisierten des Weiteren Herausforderungen der Beschulung von Kindern mit sogenannter geistiger Behinderung und nannten hier eine höhere Teilnahme der Kinder in Regel- statt Sonderschulen, eine barrierefreie Ausgestaltung der Regelschulen, die Forderung nach Schließung der Sonderschulen, eine Steigerung der Qualität im „Gemeinsamen Lernen“, und mehr Ausbildung von Fachkräften. Wohnraum müsse barrierefrei und bezahlbar sein; außerdem müssten alternative Wohnformen und das Ambulante Unterstützte Wohnen in der eigenen Wohnung ausgebaut werden. Die Befragten thematisierten auch Probleme im Leistungsgeschehen: In Krisensituationen wie Polizeieinsätzen sei die Zuständigkeit nicht klar geregelt, da der Sozialdienst des Kreises nicht zuständig sei und der SpDi nur beim zusätzlichen Vorliegen einer psychiatrischen Problematik tätig werde. Auch ein aufsuchender Dienst, der tätig werde, wenn Betroffene die Annahme von Hilfe verweigerten, fehle. Daneben fehle es insbesondere an regionalen Leistungsanbietern, die niedrigschwellig und teilhabeorientiert tätig seien. Befragte nannten auch die Unterstützung bei Betreuungs- und Pflegebedarf im Alter, die Gestaltung von Krankenhausaufenthalten, Demenz und eine Versorgung im Alter als Herausforderungen.

Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung thematisieren die Befragten Herausforderungen im Bereich der Orientierungshilfen bzw. Sicherheitsvorkehrungen im öffentlichen Raum und Herausforderungen im Bereich Barrierefreiheit. In Bezug auf Orientierungshilfen bzw. Sicherheitsvorkehrungen im öffentlichen Raum nennen die Befragten Sicherheit im Straßenverkehr, hilfreiche Kennzeichen im öffentlichen Raum, Induktionsschleifen, Gebärdendolmetscher und die Einführung von Brailleschrift in allen öffentlichen Bereichen.

3.2.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie

Insgesamt ist festzustellen, dass das Angebot der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum als im hohen Maße nicht bedarfsdeckend eingeschätzt wird. Für das Angebot der *kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung*, das Angebot der *ambulanten psychiatrischen Versorgung für Erwachsene durch Hausärzte und niedergelassene Psychiater*, und für das *stationäre psychiatrische Versorgungsangebot* im Planungsraum verweisen die Einschätzungen der Befragten auf deutlichen Handlungsbedarf. Alle drei Angebote werden durchweg als nicht bedarfsdeckend bzw. eher nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Das Angebot an *Anlaufmöglichkeiten bei psychosozialen Krisen* im Planungsraum wird von der Mehrheit der Befragten als eher nicht bedarfsdeckend bzw. nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Die Einschätzungen erfolgen vor allem aus der Perspektive der Einrichtungen und Dienste. Eine feldspezifische Tendenz im Antwortverhalten ist nicht festzustellen. Eine Mehrheit der Befragten schätzt die *tagesstrukturierenden Angebote* im Planungsraum als eher nicht bzw. nicht ausreichend vorhanden ein. Auch *Angebote der Krisenintervention* im Planungsraum werden mehrheitlich als eher nicht vorhanden eingeschätzt. Die These, dass die *Zuständigkeit für die Bedarfe wohnungsloser Menschen* im Planungsraum klar geregelt ist, wird von den Befragten sehr unterschiedlich eingeschätzt. Ein feldspezifisches Antwortverhalten ist hier nicht festzustellen. Die Mehrzahl der Befragten sieht sich hier jedoch nicht auskunftsfähig. Dies kann als Problemanzeige dahingehend gedeutet werden, dass die Mehrzahl der Akteure im Planungsraum über kein gesichertes Wissen zur Zuständigkeit für die Bedarfe wohnungsloser Menschen verfügen. Über eine Klientifizierungstendenz von Menschen mit psychischen Erkrankungen für die wohnbezogene Eingliederungshilfe scheint im Planungsraum Nord weder bereichsintern noch bereichsübergreifend Klarheit zu bestehen (anders als bspw. im Planungsraum Süd). Dieser Befund bedarf der weiteren Qualifizierung.

Die Befragten wurden anschließend um eine Erläuterung zu ihren Einschätzungen gebeten. Sie geben insbesondere einen Mangel an niedergelassenen Psychiater*innen, Fachärzten*innen und Psychotherapeuten*innen an und verweisen auf lange Wartezeiten, die aus dem Mangel an Fachärzt*innen u. a. folgen. Auch eine mangelnde Notfallbereitschaft abends und an Wochenenden wird von zwei Befragten angeführt. Weitere Einschätzungen verweisen auf beschränkte Kapazitäten des SPD i. Hingewiesen wird auch auf eine schlechte Erreichbarkeit der vorhandenen tagesstrukturierenden Angebote mit dem ÖPNV und auf lange Wartezeiten bei der Tagesklinik Netphen. Einzelne Rückmeldungen benennen z. B. das Angebot der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Hilchenbach als zu gering und fordern in diesem Zusammenhang eine Anlaufstelle für Betroffene und ihre Angehörigen.

Die Befragten wurden außerdem nach den aus ihrer Sicht drängendsten Herausforderungen im Planungsraum Nord im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen gefragt. Besonders häufig thematisieren die Befragten Herausforderungen im Bereich der Versorgung mit Psychotherapeut*innen und Therapieplätzen. In der Versorgung mit (Fach-)Ärzt*innen sehen die Befragten Herausforderungen in langen Wartezeiten für Termine und in zu geringen Kapazitäten in der Kreisstadt Siegen. Vorhandene Angebote seien mit dem ÖPNV schlecht erreichbar. Eng verknüpft mit der Versorgung durch Psychotherapeut*innen und (Fach-)Ärzt*innen ist die Möglichkeit stationärer Behandlung für Betroffene. Die Befragten sehen hier Herausforderungen in der Aufnahmepraxis stationärer Angebote. Stationäre Behandlung erfolge nur selten, meistens würden die Betroffenen ambulant behandelt oder im seltenen Fall von stationärer Behandlung häufig am Folgetag wieder entlassen. Sehr selten erfolge eine gezielte stationäre Behandlung.

Befragte thematisieren den ÖPNV als Herausforderung im Planungsraum: Es fehle an einer barrierefreien Infrastruktur und vorhandene tagesstrukturierende Angebote seien mit dem Nahverkehr schlecht zu erreichen. Befragte thematisieren außerdem einen Mangel an frei verfügbaren, bezahlbaren, barrierefreien Wohnangeboten in zentraler Lage und alternativen Wohnformen. Fehlende Anlauf- und Kontaktstellen vor Ort werden ebenfalls als Herausforderungen im Planungsraum benannt. Das Fehlen eines Krisendienstes mit Notfallbereitschaft bzw. Kriseninterventionsmöglichkeiten wird von zwei Befragten als Herausforderung genannt: Es gebe keinen Krisendienst mit Notfallbereitschaft außerhalb der regulären Geschäftszeiten, Notfalldienste würden nur von Polizei und Ordnungsämtern übernommen. Weitere Themen, die von den Befragten als Herausforderungen thematisiert werden, sind die Schaffung ansprechender und individuell nutzbarer Freizeitangebote, Anreize zur Teilnahme am öffentlichen Leben, Zugang zu niedrigschwelligen Angeboten, tagesstrukturierenden Angeboten, mehr hauswirtschaftlichen Dienstleistern, Hilfen für Kinder von psychisch kranken Eltern, Maßnahmen und Angeboten zur Teilhabe auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, und Unterstützung bei Betreuungs- und Pflegebedarf im Alter. Jeweils zwei Befragte nennen die Themen Teilhabe und Autonomieförderung, ein*e weitere*r nennt die Tabuisierung von psychischen Erkrankungen als Herausforderungen. Viele dieser Aspekte werden jedoch lediglich schlagwortartig genannt und bedürfen der weiteren Qualifizierung.

3.2.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege

Die Befragten wurden um ihre Einschätzungen zu Thesen für die Bereiche der Pflege und Altenhilfe im Planungsraum Nord gebeten. Deutlich wird, dass die Angebote der Pflege und Altenhilfe von den Befragten als mehrheitlich nicht bedarfsdeckend wahrgenommen werden. Relativ uneindeutig ist das Antwortverhalten zu den *Angeboten der offenen Altenhilfe / Altenarbeit*. Eindeutiger verteilt sind die Einschätzungen zu den Angeboten der *Pflegedienste, hauswirtschaftlicher Unterstützung und Kurzzeitpflege*. Zu allen drei Thesen sieht sich eine im Vergleich deutlich höhere Zahl an Befragten auskunftsfähig. Dies deutet darauf hin, dass alle drei Themen feldübergreifend von Relevanz für die Befragten sind. Für alle drei Angebote sind klare Problemanzeigen erkennbar. Die Mehrzahl der Befragten schätzt die im Planungsraum tätigen *Pflegedienste* als eher nicht bedarfsdeckend oder nicht bedarfsdeckend ein. Auch das Angebot der *hauswirtschaftlichen Unterstützung* schätzen die Befragten mehrheitlich als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend ein. Zudem wird das Angebot der *Kurzzeitpflege* als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend eingeschätzt.

Das derzeitige Angebot *stationärer Pflegeeinrichtungen* wird von einer Mehrheit der Befragten auch für die nächsten Jahre eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Auch die *Tagespflege, Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige* und *Hospizangebote* im Planungsraum werden jeweils von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Deutliche Problemanzeigenergebnisse zeigen sich in Bezug auf das *Hospizangebot* im Planungsraum. Dieses wird von keiner*m Befragten als bedarfsdeckend bzw. eher bedarfsdeckend wahrgenommen.

Die Befragten wurden um eine Erläuterung zu ihren eher kritischen Einschätzungen gebeten. Befragte thematisieren einen Personalmangel in den vorhandenen Angeboten. Ebenfalls wird ein zu gering ausgeprägtes Angebot an Hilfen für pflegende Angehörige genannt: Jeweils ein*e Befragte*r nennt hier das Fehlen von 24-Stunden-Betreuungen und Nachtdiensten, ein*e weitere*r nennt Entlastungsangebote. Die vorhandenen Beratungsmöglichkeiten werden als zu gering wahrgenommen. Einzelne Rückmeldungen kritisieren die zu geringen Zeitkapazitäten der Senioren-Service-Stellen und nennen eine Flexibilisierung der Angebote als notwendigen Schritt, insbesondere für pflegende Angehörige.

Die Befragten wurden außerdem nach den aus ihrer Sicht drängendsten Herausforderungen im Planungsraum Nord im Bereich der *Hilfen für ältere Menschen und Menschen mit Pflege-*

bedarf gefragt. Befragte nennen hier eine zu geringe Anzahl ambulanter Pflegedienste bzw. zu geringe Kapazitäten der vorhandenen Pflegedienste sowie zu wenige oder personell zu gering ausgestattete hauswirtschaftliche Dienste. Auch die Kurzzeitpflege und die Versorgung mit Hausärzten bzw. Fachärzten und haushaltsnahe Dienstleistungen werden als unzureichend vorhanden wahrgenommen. Ein*e Befragte*r nennt einen Mangel an stationären Vollzeit- und Dauerpflegeplätzen, Betroffene suchten häufig weit über die Grenzen des Kreises hinaus nach freien Plätzen. Ein*e weitere*r Befragte*r nennt 24-Stunden-Betreuungen durch Betreuungs- und Haushaltskräfte aus dem Ausland als zu wenig vorhanden. Vier Befragte benennen einen Mangel an qualifiziertem Fachpersonal in Pflegediensten, Pflegeeinrichtungen, sowie in der ärztlichen und psychosozialen Versorgung. Ein*e Befragte*r nennt die Gewinnung von Pflegefachkräften zur Festeinstellung als Herausforderung. Vier Befragte sehen Herausforderungen in Bezug auf die vorhandene Mobilitätsstruktur, die Ausstattung von Freizeitaktivitäten und der Räumlichkeiten, an denen sie stattfinden sowie auf bezahlbaren, in zentraler Lage gelegenen Wohnraum. Ein*e Befragte*r nennt eine bessere Information von Betroffenen zu vorhandenen Hilfsangeboten außerhalb der teilstationären und stationären Pflege als Herausforderung. Als weitere Herausforderungen werden eine ansprechende Infrastruktur, ansprechende und individuell nutzbare Freizeitangebote, Anreize zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Mobilität, Teilhabe, Autonomieförderung, Selbstbestimmung und alternative Wohnformen bis zum Tod genannt. Befragte thematisieren zudem den Schutz vor Vereinsamung und sozialer Isolation als Herausforderung und nennen mehr Angebote wie Begleitung in der Freizeit oder Telefonketten als Bedarf. Als weitere Herausforderungen werden Mobilität, Teilhabe, Autonomieförderung, Barrierefreiheit, die Schaffung von Mitfahrgelegenheiten, niedrigschwellige Angebote, vielfältigere Freizeitangebote und altersgerechte Sportangebote genannt. Ein*e Befragte*r nennt Akzeptanz bei der Inanspruchnahme von Pflege bzw. bei Inanspruchnahme von Tagespflege. Die meisten dieser Aspekte werden lediglich schlagwortartig genannt und bedürfen der weiteren Qualifizierung.

3.2.4 Übergreifende Themen

Die Befragten wurden um Ihre Einschätzungen zu Thesen zu feldübergreifenden Themen im Planungsraum Nord gebeten. Das **Beratungsangebot** für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit Pflegebedarf wird von den Befragten gemischt eingeschätzt. Einschätzungen zum *Beratungsangebot für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung* ergeben ein gemischtes Bild; in der Tendenz positive und in der Tendenz negative Einschätzungen sind relativ gleichmäßig verteilt.

Das *Beratungsangebot für Menschen mit psychischen Erkrankungen* im Planungsraum wird in der Tendenz eher positiv eingeschätzt. Zum *Beratungsangebot für Menschen mit Pflegebedarf* zeigt sich keine klare Tendenz in den Einschätzungen. Sowohl in der Tendenz positive wie in der Tendenz negative Einschätzungen werden hier v. a. von Akteuren aus der Pflege, Altenhilfe und Psychiatrie getroffen. Die Daten bedürfen insgesamt der weiteren Qualifizierung, um Stärken, Problemanzeigen und/oder Handlungsbedarfe genauer feststellen zu können. Ein sehr klares Bild ergeben dagegen die Einschätzungen zu einer *übergreifenden Anlauf- und Beratungsstelle* für Fragen im Zusammenhang mit Behinderung, Pflege und Psychiatrie. Hier liegt im Vergleich zu den übrigen Items eine sehr hohe Zahl an Einschätzungen vor. Eine übergreifende Anlauf- und Beratungsstelle findet feldübergreifend hohe Zustimmung, v. a. jedoch bei Akteuren der Pflege, der Hilfen für ältere Menschen und der Psychiatrie.

Die These, dass ein *Ausbau des ÖPNV* notwendig ist, um Angebote der drei Bereiche angemessen erreichen zu können, findet feldübergreifend große Zustimmung, v. a. bei Akteuren der Altenhilfe und der Hilfen für Menschen mit Behinderungen.

Die These, dass die *Selbsthilfegruppen im Planungsraum durch die Kommunen wirksam unterstützt werden*, wurde von einer knappen Mehrheit der Befragten als eher nicht zutreffend eingeschätzt. Anzumerken ist hier, dass keine Antworten von Akteuren der Selbsthilfe selbst vorliegen. Erklärungsbedürftig ist außerdem, dass sich die Hälfte aller Befragten als nicht auskunftsfähig sieht. Eine deutliche Mehrheit der Befragten schätzt die These, *dass Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung ihre Interessen wirksam in den Gremien des Planungsraums vertreten können*, als eher nicht bzw. nicht zutreffend ein. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Thesen zur Selbstvertretung von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit Pflegebedarf in den Gremien des Planungsraums. Die These, dass *Menschen mit psychischen Erkrankungen ihre Interessen wirksam in den Gremien des Planungsraums vertreten können*, schätzt die Mehrheit der Befragten als nicht zutreffend ein. Auch die These, dass *Menschen mit Pflegebedarf ihre Interessen wirksam in den Gremien des Planungsraums vertreten können*, wird von einer Mehrheit der Befragten als nicht zutreffend eingeschätzt.

Die Befragten wurden auch hier um eine Erläuterung zu ihren Einschätzungen gebeten. Besonders häufig thematisieren die Befragten dabei den Bereich der Interessenvertretung bzw. Gremienarbeit von Betroffenen. Einzelne Rückmeldungen verweisen darauf, dass Gremienarbeit kaum unter Einbezug der Betroffenen erfolge. Vorhandene Strukturen wie die PSAG und

die AG Begegnung seien ausschließlich auf die Stadt Siegen (Planungsraum Mitte) konzentriert. Angegeben wird auch, dass weitgehend unklar sei, inwieweit die Seniorenbeauftragten, die kommunale Pflegeplanung, ehrenamtliche Behindertenbeauftragte sowie Anbieter der Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung regelhaft in Fachausschüssen vertreten seien. Für Menschen mit psychischen Erkrankungen bestehe keine lokale Selbstvertretung. Lediglich ein*e Befragte*r gibt an, Betroffene in politischen Gremien mitwirkend angetroffen zu haben.

Als Herausforderung wird außerdem benannt, dass viele **Beratungsangebote** eine Komplexstruktur aufwiesen, die für viele Zielgruppen eine hohe Hürde darstelle. Aufsuchende Beratungen werden als sinnvolle Strategie benannt, um durch frühzeitige Intervention höheren Hilfebedarf abzuwenden und Kosten zu dämpfen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Beratungsangebote zwar vorhanden, vielen Betroffenen aber nicht bekannt seien. Weitere Aspekte, die von den Befragten genannt werden, sind eine bestehende Unkenntnis von Betroffenen über Leistungen, die ihnen aus der Pflegeversicherung zustünden und die Zusammenarbeit mit amtlichen Betreuern. Beide Aspekte werden lediglich schlagwortartig genannt und bedürfen der weiteren Qualifizierung, um aussagekräftig zu sein.

Die Befragten wurden um Ihre Einschätzungen zu Thesen zu den Bereichen **Kooperation und Koordination im Planungsraum Nord** gebeten. Die Möglichkeiten, sich im *Planungsraum regelmäßig über Stärken und Entwicklungsbedarfe im regionalen Sozialbereich auszutauschen*, werden von den Befragten als eher schlecht oder schlecht eingeschätzt. In der Tendenz negative Einschätzungen erfolgen v. a. aus der Pflege, der Altenhilfe und den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. Der These, dass die *Kooperation der Akteure im Sozialbereich von Kreisebene aus wirksam unterstützt wird*, wird in der Tendenz negativ eingeschätzt. Die These, dass die sozialpolitischen Probleme des Planungsraums in den relevanten Gremien auf Kreisebene wirksam beraten werden, schätzt eine Mehrheit der Befragten als eher nicht zutreffend ein. Auffällig ist die hohe Anzahl an Befragten, die keine Einschätzung abgeben. Für den *Einbezug der sozialräumlichen Bedingungen von Menschen mit Behinderungen in die Planung individueller Hilfeleistungen* erscheint eine Problemanzeige feststellbar. Die These wird von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als eher nicht zutreffend bzw. nicht zutreffend eingeschätzt. Die These, dass es im Planungsraum aktuell an einer *übergreifenden Zusammenarbeit* zwischen den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Menschen mit Pflegebedarf mangelt, wird feldübergreifend von einer Mehrheit der Befragten als eher zutreffend eingeschätzt. Auffällig

ist, dass der Mangel an einer feldübergreifenden Zusammenarbeit v. a. aus der Pflege und der Altenhilfe heraus konstatiert wird. Die These, dass es im Planungsraum in den nächsten Jahren keinen weiteren *Bedarf an Wohnplätzen in gemeinschaftlichen Wohneinrichtungen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung oder mehrfacher Behinderung* geben wird, wird in allen Einschätzungen als eher nicht bzw. nicht zutreffend bewertet. Die Einschätzungen erfolgen feldübergreifend, v. a. jedoch mit einer hohen Beteiligung aus dem Bereich der Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung und aus der Pflege. Dass im Planungsraum *Unterstützungsangebote jenseits von Einrichtungen und Diensten bei der Gestaltung individueller Unterstützungsarrangements hinreichend berücksichtigt werden*, wird hingegen von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als eher nicht bzw. nicht zutreffend eingeschätzt. Diese Einschätzungen stammen v. a. aus den Bereichen der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, der Pflege und der Altenhilfe.

In den offenen Einschätzungen thematisieren Befragte unklare Zuständigkeiten: Betroffenen werde vielfach lediglich mitgeteilt, man sei nicht zuständig. Wer zuständig sei, bleibe für viele Betroffene daher unklar. In diesem Zusammenhang wird eine gemeinsame Kooperation zwischen den Einrichtungen und Diensten, der Träger und der Betroffenen in den Gremien als sinnvoll, aber zu selten eingeschätzt. Insbesondere für alt gewordene Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung fehle es zudem an adäquaten Wohnmöglichkeiten mit bedarfsgerechter Versorgung. Formen des Ehrenamts und der Nachbarschaftshilfe im Sozialraum werden hinsichtlich der betrachteten Bereiche in einer offenen Rückmeldung als zu gering ausgeprägt eingeschätzt.

Die Befragten wurden außerdem nach den aus ihrer Sicht drängendsten übergreifenden Herausforderungen im Planungsraum Nord gefragt. Besonders häufig thematisieren die Befragten hier Herausforderungen im vorhandenen Leistungsangebot, im Bereich Nahverkehr und im Bereich Wohnen. Die Antworten, die Herausforderungen im vorhandenen Leistungsangeboten nennen, listen darunter Informationsdefizite zu spezifischen Angeboten ebenso wie zu feld- und bereichsübergreifenden Aspekten auf. Befragte nennen zudem eine zu geringe Anzahl an Hausärzten, sodass für Betroffene kaum Wahlmöglichkeiten und häufig keine wohnortnahe Versorgung gegeben seien. Auch Hausbesuche würden von Hausärzten kaum noch durchgeführt.

Feldbezogene Rückmeldungen nennen für den Bereich der Psychiatrie unzureichende Angebote im Bereich der regionalen ambulanten wie stationären Versorgung von Menschen mit

psychischen Erkrankungen als besonders drängende Herausforderung. Für die Pflege werden ausreichend Plätze in stationären Pflegeeinrichtungen, ausreichend mobile Pflegedienste vor Ort und Kurzzeitpflegeplätze als drängende Herausforderungen benannt. Eine Einzelrückmeldung nennt zudem das Fehlen von Angeboten für betreutes Wohnen für Menschen mit geringem Einkommen, etwa im Fall eines Bezugs von Grundsicherung im Alter, als Herausforderung.

Es wird eine Anbindung der Angebote an den ÖPNV und ein barrierefreier Ausbau des ÖPNV als notwendig erachtet. Im Zusammenhang mit Mobilität werden auch ein Mangel an einfachen Zugängen zu Netzwerken von Mitfahrgelegenheiten und ehrenamtlichen Fahrern z. B. bei Arztbesuchen angesprochen. Im Bereich Wohnen nennen die Befragten mehr bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, Wohnraum mit guter Nahverkehrsanbindung und Wohnraum in zentraler Lage als wesentliche Herausforderungen. Einzelrückmeldungen weisen auch auf einen Bedarf an Hilfestellungen bei der Suche nach barrierefreien Wohnungen hin.

Befragte nennen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Aufklärung und Information über das vorhandene Hilfsangebot, über bestehende Unterstützungssysteme und Öffentlichkeitsarbeit: Ein*e Befragte*r kritisiert, dass Angebote häufig lediglich online beworben würden, viele Betroffene aber über keinen Internetanschluss und/oder Telefon verfügten, sodass Werbung und Information effektiv an ihnen vorbei gingen. Dies betreffe v. a. alleinlebende Betroffene ohne Angehörige. Befragte kritisieren zudem, dass Anbieter von Dienstleistungen untereinander kaum vernetzt seien und daher häufig „nebeneinander her“ arbeiteten. Die Folge sei ein „Anbieterdschungel“ (Zitat), der von Betroffenen häufig nicht durchschaut werden könne.

Auch eine zu geringe Anzahl und Qualifikation von Pflegefachkräften wird thematisiert und mehr Pflegekräfte für die stationäre und mobile Pflege, eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und die Gewinnung von (mehr) Pflegefachkräften als notwendig erachtet. In diesem Zusammenhang wird außerdem die Förderung der Ausbildung von Fachkräften und die Wertschätzung insbesondere von betreuenden Berufsgruppen als wesentliche Herausforderungen benannt.

Befragte nennen das Thema Teilhabe als übergreifende Herausforderung und weisen auf die entsprechende Bedeutung von Barrierefreiheit in allen Bereichen hin. Sie nennen in diesem Zusammenhang auch den Einsatz von Gebärdendolmetschern für gehörlose Menschen in den Bereichen Sport, Freizeit und Kultur. Die besondere Bedeutung der Weiterführung der Inklusionsplanung koordiniert durch den Kreis Siegen-Wittgenstein, entsprechender Planungen in

Fachgruppen und der Entwicklung eines kommunalen Index für Inklusion wird hervorgehoben. Auch Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer „wirklichen Inklusionsplanung“ (die u. a. das langfristige Ziel der Abschaffung aller Sondereinrichtungen und aller ausgrenzenden Veranstaltungen haben sollte)“ werden genannt. Als weitere Themen werden die Forderung nach pragmatischeren Entscheidungen und schnelleren Durchführungen erkannter Handlungsbedarfe, lesbare Fahrpläne, Herausforderungen zur Umstellung des BTHG, Modernisierung zur Steigerung der Attraktivität des Planungsraums, die Integration von Menschen mit Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt und Qualitätssicherung im Bereich Schulbildung bzw. im Gemeinsamen Lernen gelistet. Die meisten dieser Aspekte werden lediglich schlagwortartig genannt und bedürfen der weiteren Qualifizierung.

3.3 Planungsraum Ost / Erndtebrück – Bad Berleburg – Bad Laasphe

Insgesamt liegen Rückmeldungen von 25 Akteuren vor, die im Planungsraum Ost tätig sind. Die überwiegende Mehrzahl dieser Akteure sind Einrichtungen und Dienste (16). 15 Akteure sind ausschließlich im Planungsraum Ost tätig. Dies sind vier Vertreter*innen kommunaler Verwaltungen sowie elf Einrichtungen und Dienste. Während eine Fokussierung auf den Planungsraum bei Vertreter*innen kreisangehöriger Kommunen erwartbar ist, überrascht die hohe Anzahl von Einrichtungen und Diensten, die ausschließlich im Planungsraum tätig sind.

Die übrigen Akteure sind in mindestens einem weiteren Planungsraum aktiv. Fünf von ihnen sind kreisweit tätig. Es liegt darüber hinaus eine Rückmeldung einer Mitarbeiterin bzw. eines Mitarbeiters einer kommunalen Verwaltung vor, in der als Tätigkeitsbereich alle Planungsräume mit Ausnahme der Kreisstadt angegeben werden. Die nachfolgende Tabelle stellt die Rückläufe im Zusammenhang mit dem Planungsraum Ost nach Statusgruppen dar.

Tabelle 7: Rücklauf nach Statusgruppen PR Ost

Statusgruppe	n
Einrichtungen und Dienste	16
Verwaltung	6
Politik	0
Selbsthilfe / Selbstvertretung	1
Sonstige	2
Gesamt	25

Die antwortenden Personen sind im Planungsraum Ost mit unterschiedlichen Personen-
gruppen befasst. Ihre Angebote richten sich an alle hier abgefragten Zielgruppen, wobei die
meisten Antwortenden mit pflegebedürftigen Menschen (14) bzw. Menschen mit psychi-
schen Erkrankungen (14) arbeiten. Die am wenigsten genannte Zielgruppe sind Menschen mit
Sinnesbeeinträchtigung (7). Mit Blick auf die Angaben zur Zielgruppe waren in der Befragung
Mehrfachnennungen möglich (n=25). Die nachfolgende Tabelle stellt die entsprechenden
Rückmeldungen in einer Übersicht dar.

Tabelle 8: Rücklauf nach Zielgruppen PR Ost

Zielgruppe	n
Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung	8
Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung	10
Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung	7
Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	14
Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf	14
Hilfen für ältere Menschen	11

3.3.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung

Mit Blick auf die Angebote der Frühförderung fällt auf, dass die entsprechende Versorgung
des Planungsraums in der Tendenz kritisch bewertet wird. Ein eher positives Bild zeichnen die
Antwortenden dagegen vom Angebot an inklusiver Erziehung und Betreuung in Kindertages-
einrichtungen im Planungsraum. Deutlich kontroverser werden die Angebote einer inklusiven
Beschulung im Planungsraum bewertet. Tendenziell negativ bzw. negativ äußern sich hier ins-
besondere Akteure, die mit Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung arbeiten. Mit
Blick auf Akteure der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen ergibt sich dagegen
ein ambivalentes Bild. Es kann vermutet werden, dass mit Blick auf die inklusive Beschulung
von Kindern und Jugendlichen mit sogenannter geistiger Behinderung im Planungsraum ein
Entwicklungsbedarf besteht. Punktuell scheint dies auch mit Blick auf Kinder und Jugendli-
che mit psychischen Erkrankungen zu gelten. Hinsichtlich der Inklusion im Elementar- und Pri-
marbereich liegt die ergänzende Einschätzung einer befragten Person vor, dass diese in „Witt-
genstein am ehesten im Bereich der Vorschulerziehung und in der Grundschule umgesetzt“
werde. Kritisiert werden in diesem Zusammenhang fehlende Konzepte auf Kreisebene und auf
der Ebene der einzelnen Kommunen sowie allgemeiner fehlende einrichtungs- und feldüber-
greifende Netzwerke. Ebenfalls ambivalent wird das bestehende Angebot familienunterstüt-
zender Hilfen von den Antwortenden eingeschätzt. Explizit negative Einschätzungen wurden

seitens Einrichtungen bzw. Diensten vorgenommen, die ihr Angebot auch bzw. ausschließlich an Menschen mit psychischen Erkrankungen richten. Es kann vor diesem Hintergrund gefragt werden, ob die im Planungsraum tätigen Familienunterstützenden Dienste sich auch an diese Zielgruppe richten.

Der These, wonach ein Mangel an inklusiven Wohnformen im Planungsraum besteht, stimmen eine Mehrheit der Befragten voll oder tendenziell zu. Dies verweist möglicherweise auf ein Festhalten der einschlägigen Sozialen Dienste an etablierten Einrichtungsformen (z. B. Wohnheimen) sowie auf einen allgemeinen Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den drei Kommunen Wittgensteins. Einige Akteure stimmen der These jedoch in der Tendenz nicht zu. Möglicherweise variiert die Situation zwischen den Kommunen. Dies bedarf der weiteren Präzisierung.

Ebenfalls kritisch bewertet die Mehrzahl der Befragten die Situation hinsichtlich inklusiver Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Ein Mangel bzw. tendenzieller Mangel in diesem Bereich wird von einer deutlichen Mehrheit der Rückmeldenden gesehen. Tendenziell ablehnend wird die präsentierte These aus den Reihen einer Selbsthilfeorganisation sowie eines Dienstes eingeschätzt. Beide Akteure richten sich mit ihrem Angebot an ein breites Spektrum unterschiedlicher Zielgruppen. Eindeutig abgelehnt wird die These seitens einer Einrichtung bzw. eines Dienstes für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Gefragt werden kann, inwiefern sich die Situation mit Blick auf unterschiedliche Zielgruppen unterschiedlich darstellt.

Nur wenige Befragte machen von der Möglichkeit Gebrauch, weitere Aspekte im Kontext der Befragung zu thematisieren. Eine befragte Person weist in diesem Rahmen ergänzend darauf hin, dass ihrer Einschätzung nach die „Herausforderung Behinderung und Alter [...] insgesamt zu wenig [sic!] in den Blick genommen“ werde. Dies wirft die Frage nach der Versorgung von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung im Kontext von Einrichtungen und Diensten der Pflege bzw. Altenhilfe auf. Die oben wiedergegebene Einschätzung stammt aus dem Kontext einer Einrichtung bzw. eines Dienstes, welche/r sich nach eigenen Angaben gleichermaßen an alle hier abgefragten Zielgruppen richtet.

3.3.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie

Die Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen im Hinblick auf Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum Ost thematisieren – analog zu den Einschätzungen betreffend der Situation von Menschen mit Behinderungen – zum großen Teil Querschnittsthe-

men, wie den Wohnungsmarkt, die Barrierefreiheit öffentlicher und privater Einrichtungen (z. B. Geschäfte, Arztpraxen, Dorfgemeinschaftshäuser) sowie Fragen der Mobilität und des Ausbaus der Internetversorgung. Im Zusammenhang mit Mobilitätsangeboten im Planungsraum wird auch hier der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Wittgenstein kritisiert. Dieser erschwert es konkret, gemeindepsychiatrische Angebote wahrzunehmen. Dies erscheint vor allem insofern problematisch, da „psychiatrische Akutbehandlung im Kreisklinikum Siegen-Weidenau statt[findet], was mind[estens] eine Autostunde für die Betroffenen bedeutet“. Kritisiert wird zudem das Fehlen niedergelassener Fachärzt*innen und Therapeut*innen im Planungsraum. Besonders problematisiert werden hier fehlende Angebote im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Gerontopsychiatrie sowie der Traumatherapie. Zudem fehle es am Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten. Allgemein werden eine anhaltende Stigmatisierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie deren fehlende Inklusion auf dem Arbeitsmarkt kritisiert.

Mit Blick auf die Einschätzungen zu Angeboten im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum Ost fallen wiederum die teils hohen Anzahlen von Rückmeldungen auf, wonach den Antwortenden ‚keine Einschätzung möglich‘ ist. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Hilfen für wohnungslose Menschen sowie das Thema der Klientifizierung psychisch erkrankter Personen im Rahmen der wohnbezogenen Eingliederungshilfe.

Vergleichsweise deutlich kritisiert wird von den Befragten das Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Planungsraum. Alle Antwortenden schätzen dieses als nicht oder eher nicht bedarfsdenkend ein. Diese Einschätzungen decken sich mit den Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum Ost. Elf Befragte geben an, hier keine Einschätzung vornehmen zu können. Hiervon kommen immerhin sechs Rückmeldungen aus Kontexten, die sich auch an die Gruppe der Menschen mit psychischen Erkrankungen richten. Vier dieser Rückmeldungen stammen von Einrichtungen und Diensten für den Personenkreis. Dies ist ein möglicher Hinweis darauf, dass das Feld nicht zuletzt anhand des Lebensalters seiner Klient*innen strukturiert ist. Das bedeutet, dass Angebote, die sich an erwachsene Menschen mit psychischen Erkrankungen richten, den Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie nicht oder nur am Rande bearbeiten. Dies kann darauf hindeuten, dass sich beim Übergang vom einen zum anderen Bereich Probleme für individuell Betroffene ergeben können.

Ähnlich kritisch wird der Bereich der ambulanten psychiatrischen Versorgung im Planungsraum Ost allgemein eingeschätzt. Eine deutliche Mehrheit der Befragten schätzt das entsprechende Angebot als nicht bzw. eher nicht bedarfsdeckend ein. Tendenziell positiv äußern sich hierzu lediglich je ein*e Vertreter*in einer Selbsthilfeorganisation sowie einer Einrichtung bzw. eines Dienstes. Befragte, die hierzu keine Einschätzung vornehmen, sind mit einer Ausnahme nicht mit der in Rede stehenden Personengruppe befasst. Vier von fünf hier Antwortenden sind im Bereich der kommunalen Verwaltung tätig.

Wiederum kritisch eingeschätzt wird auch das Angebot der stationären psychiatrischen Versorgung des Planungsraums. Eine deutliche Mehrheit der Befragten schätzt das Angebot nicht bzw. eher nicht bedarfsdeckend ein. Analog zur ambulanten Versorgung halten zwei Befragte das Angebot für tendenziell bedarfsdeckend. In den Einschätzungen bildet sich möglicherweise die Situation ab, dass die stationäre psychiatrische Versorgung Wittgensteins durch das Kreisklinikum in Siegen erfolgt. Hierdurch ist eine Versorgung des Gebiets grundsätzlich gewährleistet. Gleichwohl geht die Versorgung in Siegen-Weidenau für betroffene Personen je nach Wohnort in Wittgenstein mit langen Fahrzeiten einher. Dies gilt insbesondere für Personen, die auf den ÖPNV angewiesen sind.

Vor dem Hintergrund der stationären Versorgung akut psychiatrisch behandlungsbedürftiger Menschen durch das Kreisklinikum in Siegen und die – laut Einschätzung der hier repräsentierten Fachöffentlichkeit – schlecht ausgebaute ambulante psychiatrische Versorgung kommt niedrigschwelligen Anlaufmöglichkeiten bei psychiatrischen Krisen eine erhöhte Bedeutung zu. Das entsprechende Angebot in Wittgenstein wird von den Antwortenden gleichwohl mehrheitlich als nicht bzw. tendenziell nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Deutlich ambivalenter fallen dagegen die Einschätzungen hinsichtlich des Vorhandenseins tagesstrukturierender Angebote im Planungsraum aus. Hier fallen immerhin sechs von 15 Einschätzungen tendenziell positiv aus.

Die im Planungsraum vorgehaltenen Angebote der Krisenintervention werden mehrheitlich als nicht bzw. tendenziell nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Indes geben vier Befragte an, dass die in Rede stehenden Angebote zumindest tendenziell bedarfsdeckend seien. Die tendenziell positiven Einschätzungen wurden aus dem Kontext einer Selbsthilfeorganisation sowie dreier Einrichtungen bzw. Dienste vorgenommen. Die übrigen – kritischen – Einschätzungen von Seiten der hier repräsentierten Einrichtungen und Dienste verweisen daher möglicherweise auf regionale Unterschiede innerhalb des Planungsraums. Diese Überlegung bedarf der weiteren Qualifizierung.

Mit Blick auf ausbildungs- und beschäftigungsbezogene Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Erkrankungen fallen die Einschätzungen deutlich auseinander. Das entsprechende Angebot im Planungsraum wird von sieben Befragten positiv bzw. tendenziell positiv bewertet. Tendenzuell negativ bzw. negativ wird es dagegen von vier Befragten eingeschätzt. Dies lässt vermuten, dass Angebote zum Beispiel im Rahmen der im Planungsraum vorhandenen Werkstattstandorte dem Grunde nach bestehen. Gleichwohl scheinen diese in der Praxis unterschiedlich bewertet zu werden. Dies leuchtet insofern ein, als einzelne Befragte explizit das Fehlen inklusiver Angebote in diesem Bereich bemängeln.

Überwiegend verneint wird seitens der hier repräsentierten Fachöffentlichkeit die These, wonach Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum vorschnell zu Klient*innen der wohnbezogenen Eingliederungshilfe werden. Tendenzielle Zustimmung wird aus dem Kontext einer Selbstvertretungsorganisation sowie einer Einrichtung bzw. eines Dienstes formuliert. Insbesondere die Einschätzung der Selbsthilfe lohnt in diesem Zusammenhang eine vertiefende Betrachtung.

Lediglich fünf Befragte nehmen eine Einschätzung hinsichtlich der These vor, dass die Zuständigkeit für die Belange wohnungsloser Menschen im Planungsraum klar geregelt sei. Während dies seitens einer kommunalen Verwaltung explizit bejaht wird, fallen die übrigen Einschätzungen tendenziell negativ bzw. explizit negativ aus. Die negativen Einschätzungen stammen aus dem Umfeld von im Planungsraum tätigen Einrichtungen und Diensten. Hier zeigt sich möglicherweise ein Unterschied in der Wahrnehmung zwischen Verwaltung und Einrichtungen bzw. Diensten. Gleichwohl kann diese Einschätzung vor dem Hintergrund der geringen Rückmeldungen nur mit großer Vorsicht erfolgen und bedarf der weiteren Präzisierung.

Die Möglichkeiten zur Erläuterung der eigenen Einschätzungen werden nur von wenigen Befragten genutzt. Maßgebliche Aspekte in den entsprechenden Rückmeldungen sind wiederum der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, welcher die Erreichbarkeit von Angeboten – insbesondere im Altkreis Siegen – deutlich erschwert. Das psychiatrische Versorgungssystem wird zusammenfassend als „wie schon beschrieben, nicht ausreichend“ eingeschätzt. Dies betrifft insbesondere die „Akutversorgung von psychisch erkrankten Menschen“ im Allgemeinen sowie die „ortsnahe Versorgung psychisch auffälliger Kinder und Jugendlicher“ im Speziellen. In einer Rückmeldung wird eine „größere Flexibilität der Hilfen“ angemahnt, da diese aktuell „zu sehr durch administrative Vorgaben eingeschränkt“ seien.

3.3.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege

Die Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen mit Blick auf ältere Menschen sowie Menschen mit Pflegebedarf im Planungsraum Ost thematisieren wiederum zum großen Teil Querschnittsthemen. So werden auch hier die Barrierefreiheit der öffentlichen Infrastruktur, ein Mangel an barrierefreiem Wohnraum, fehlende (Fach-) Ärzt*innen und Therapeut*innen sowie der Ausbau des Nahverkehrs in Wittgenstein kritisiert. In einer Rückmeldung wird der Mobilitätsaspekt um den Zusatz erweitert, dass die Routen sowie die Fahrzeiten des örtlichen Bürgerbusses erweitert werden sollten.

Die hohe Bedeutung des Mobilitätsaspekts scheint in erheblichem Maße mit der Siedlungsstruktur im Planungsraum zusammenzuhängen. Diese wird – einzelnen Rückmeldungen zufolge – auch umgekehrt zu einem Problem für die in Rede stehenden Personenkreise, nämlich dort, wo ambulante Angebote (z. B. Pflegedienste, Essen auf Rädern) Anfragen aufgrund weiter Anfahrtswege ablehnen oder grundsätzlich nicht vorhanden sind.

Mit Blick auf fehlende Angebote im Planungsraum wird ein Fehlen von Plätzen im Bereich der vollstationären Pflege sowie der Kurzzeitpflege thematisiert. Zudem fehlten Angebote im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen sowie ambulante Pflegedienste oder sie seien nicht hinreichend bekannt. Weitergehend wird auf das Problem einer möglichen Vereinsamung älterer Menschen im Planungsraum hingewiesen. Hierzu werden von den Antwortenden unterschiedliche Lösungsansätze vorgeschlagen, die von Freizeitangeboten der Altenhilfe bis hin zur Stärkung nachbarschaftlicher – d. h. informeller – Netzwerke reichen.

Allgemein wird darauf hingewiesen, dass in den bestehenden Einrichtungen und Diensten der Altenhilfe und Pflege ein Fachkräftemangel herrscht. Dies führe – so eine Rückmeldung – im Ergebnis dazu, dass vorhandenen Mitarbeiter*innen die „Zeit und der Blick fehlt, um sich auf den besonderen Betreuungsbedarf [v. a. von Menschen mit Behinderungen, Anm. d. Verf.] einstellen zu können“.

Explizit kritisiert wird die Arbeit der Senioren-Service-Stellen im Planungsraum, deren Aufgabengebiet sei „zu groß und breitgefächert“. Vor diesem Hintergrund wird eine Fokussierung des bestehenden Angebots auf die Bedarfe von Senior*innen und pflegebedürftigen Menschen bei gleichzeitigem Aufbau zusätzlicher personeller Kapazitäten vorgeschlagen. Dieser Vorschlag macht deutlich, dass hier nicht das gegenwärtige Aufgabenspektrum problematisiert wird,

sondern das Verhältnis von Aufgaben zu personellen Ressourcen der Senioren-Service-Stellen. In diese Richtung deutet auch der Vorschlag, die Senioren-Service-Stellen um den Bereich der Pflegeberatung zu erweitern.

Mit Blick auf die Einschätzungen zu Angeboten im Bereich der Hilfen für ältere Menschen sowie Menschen mit Pflegebedarf im Planungsraum Ost fällt insgesamt auf, dass hierzu deutlich weniger Antwortenden ‚keine Einschätzung möglich‘ ist, als im Zusammenhang der bisher betrachteten Felder. Insgesamt liegen zu diesem Bereich 23 Rückmeldungen vor.

Der These, wo nach es im Planungsraum vielfältige Angebote der offenen Altenhilfe bzw. Altenarbeit gibt, stimmt die Mehrzahl der Antwortenden nicht bzw. tendenziell nicht zu. Zustimmung findet sich hier in einem Fall, tendenzielle Zustimmung in weiteren fünf Fällen. Dies verweist möglicherweise auf Unterschiede zwischen den drei Kommunen des Planungsraums. Denkbar erscheint beispielsweise, dass die Angebote in den Hauptorten besser ausgebaut sind als im ländlich-peripheren Raum. Auf die bereits geschilderten Herausforderungen hinsichtlich ambulanter Angebote im ländlichen Raum verweisen auch die Rückmeldungen zu den im Planungsraum tätigen Pflegediensten. Hier wird deutlich, dass die Mehrzahl der Antwortenden das Angebot als nicht bzw. tendenziell nicht bedarfsdeckend wahrnehmen. Wenngleich die geringen Fallzahlen dazu führen, dass Aussagen mit Vorsicht zu treffen sind, wird deutlich, dass nur eine Minderheit der Befragten von einer bedarfsdeckenden Versorgung im Bereich ambulanter Pflegedienste ausgeht. Die entsprechenden Rückmeldungen stammen aus dem Kontext von Einrichtungen bzw. Diensten, die explizit mit den hier in Rede stehenden Personengruppen arbeiten. Während die Rückmeldungen zum Ausbau ambulanter Pflegedienste im Planungsraum zumindest einen gewissen Interpretationsspielraum zulassen, fällt die Einschätzung mit Blick auf das bestehende Angebot hauswirtschaftlicher Unterstützung nahezu einhellig aus. Insgesamt schätzen 16 Antwortende das Angebot in Wittgenstein negativ bzw. tendenziell negativ ein. Eine Einzelmeinung, wonach das Angebot bedarfsdeckend sei, wird aus dem Kontext einer kommunalen Verwaltung artikuliert. Hier zeigt sich möglicherweise eine abweichende Perspektive auf den in Rede stehenden Bereich.

Ein sehr ähnliches Meinungsbild zeigt sich mit Blick auf die These, wonach das Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen im Planungsraum bedarfsdeckend sei. Hier stimmen 16 von 17 Antwortenden nicht bzw. tendenziell nicht zu. Interessant ist hier, dass abweichend von der deutlichen Mehrheit lediglich seitens einer Selbstvertretungsorganisation eine tendenziell positive Ein-

schätzung vorgenommen wird. Denkbar erscheint hier, dass seitens der Antwortenden aus Einrichtungen, Diensten und Verwaltung ein Fokus auf der Bearbeitung von Bedarfen älterer bzw. pflegebedürftiger Menschen durch professionelle Einrichtungen und Dienste gelegt wird, der vonseiten der Selbsthilfe nicht zwangsläufig geteilt wird. Hierfür kann sprechen, dass aus dem Kontext der entsprechenden Selbsthilfeorganisation auch eine Bedarfsdeckung mit Blick auf stationäre Pflegeeinrichtungen gesehen wird. Diese Einschätzung wird indes im Kontext dreier angeschriebener Einrichtungen bzw. Dienste geteilt. Die überwiegende Mehrzahl der Befragten schätzt das Angebot stationärer Pflegeplätze mit Blick auf die kommenden Jahre als tendenziell nicht bzw. nicht bedarfsdeckend ein.

Deutlich negativ wird seitens der Antwortenden auch der Ausbau der Angebote im Bereich der Tagespflege, der Unterstützung pflegender Angehöriger sowie im Hospizbereich eingeschätzt. Vereinzelt tendenziell positive Einschätzungen können, analog zu den bereits dargestellten Bereichen als Einzelmeinungen gewertet werden, die gegebenenfalls vor dem Hintergrund einer spezifischen örtlichen bzw. individuellen Situation erklärt werden können.

Die insgesamt ausgeprägt pessimistische Sicht auf das Feld der Altenhilfe bzw. Pflege in Wittgenstein bedarf der weiteren Qualifizierung. Möglicherweise zeigt sich hier eine insgesamt komplexe Gesamtlage, bei deren Analyse die unterschiedlichen genannten Aspekte (z. B. Siedlungsstruktur, Mobilität, fehlende bzw. nicht bekannte Angebote) berücksichtigt werden müssen. Denkbar erscheint etwa, dass der von der Mehrzahl der Antwortenden postulierte Mangel an stationären Pflegeplätzen ursächlich darin begründet ist, dass Alternativen zum Leben im Heim den Antwortenden vor dem Hintergrund der spezifischen Situation in Wittgenstein nicht oder nur schwer umsetzbar erscheinen.

In den weiterführenden Überlegungen wird seitens einer antwortenden Person die These formuliert, dass sich die beschriebene Situation in den nächsten Jahren verschärfen werde. Dies wird auf den bereits vorhandenen Fachkräftemangel sowie auf eine Veränderung im familiären Zusammenleben zurückgeführt. Weiterhin wird in den abschließenden Kommentaren wiederum auf die Problematik von Menschen mit Behinderungen und zusätzlichem pflegerischem Unterstützungsbedarf hingewiesen.

Interessant ist in dem o. g. Zusammenhang, dass sich in den Rückmeldungen keine Vorschläge für die Schaffung spezialisierter Angebote des Feldes der Hilfen für Menschen mit Behinderungen

finden. Denkbar erscheint, dass insbesondere im Alter auftretende pflegerische Bedarfe für sich als Querschnittsthema wahrgenommen werden, welches universell auftritt. Dies könnte erklären, warum die durchaus beobachtbare Tendenz zur Spezialisierung und Ausdifferenzierung des Bereichs der Hilfen für Menschen mit Behinderungen sich nicht im gleichen Maße im Bereich der Pflege bzw. Altenhilfe zeigt. Dies verweist möglicherweise auf Annahmen einer prinzipiell vorhandenen strukturellen Offenheit dieses Feldes gegenüber Zielgruppen anderer Bereiche. Auch hierfür kann die Ursache in der universellen menschlichen Erfahrung des Alterns liegen.

3.3.4 Übergreifende Themen

Die Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen im Planungsraum Ost thematisieren zum großen Teil Querschnittsthemen, wie den Wohnungsmarkt, die Barrierefreiheit öffentlicher und privater Einrichtungen (z. B. Geschäfte, Arztpraxen, Dorfgemeinschaftshäuser) sowie Fragen der Mobilität und des Ausbaus der Internetversorgung. Im Zusammenhang mit Mobilitätsangeboten im Planungsraum werden explizit der Ausbau sowie die fehlende Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs in Wittgenstein kritisiert. Hinsichtlich vorhandener Barrieren wird insbesondere auf die Situation von Menschen mit unterschiedlichen Sinnesbeeinträchtigungen explizit hingewiesen.

Mit Blick auf das Internet wird einerseits dessen grundsätzliche Verfügbarkeit kritisiert. Zudem fehlen – einer Einschätzung zufolge – auch explizit digitale Angebote im Bereich der Hilfen für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen. Kritisiert werden zudem fehlende inklusive Angebote in den Bereichen Arbeit und Freizeit. Daneben werden auch die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen bzw. Menschen mit sogenannter geistiger Beeinträchtigung kritisiert. In diesem Zusammenhang wird wiederum auf Aspekte fehlender Barrierefreiheit (z. B. fehlende Dokumente in ‚Leichter Sprache‘, Gebärdendolmetscher, Leitsysteme) hingewiesen.

Anhand der Rückmeldungen entsteht zunächst der Eindruck, dass es im Planungsraum insbesondere **an Beratungsangeboten für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung** mangelt. Das entsprechende Angebot wird von den Antwortenden mehrheitlich als nicht bzw. tendenziell nicht bedarfsdeckend wahrgenommen. Tendenziell positiv äußern sich zwei Vertreter*innen kommunaler Verwaltungen sowie ein*e Vertreter*in einer Einrichtung bzw. eines Dienstens. Keine Einschätzung nehmen vor allem Antwortende vor, die nicht mit dem in Rede stehenden Personenkreis befasst sind. Insbesondere dieser Bereich scheint also bereichsfremden Akteuren wenig bekannt.

Mit Blick auf **Beratungsangebote** für Menschen mit psychischen Erkrankungen zeichnen die Antwortenden in der Zusammenschau ein erkennbar positiveres, wenngleich mehrheitlich auch hier in der Tendenz negatives Bild. Eine leichte Mehrheit der Antwortenden meldet hier zurück, dass das Angebot nicht bzw. tendenziell nicht bedarfsdeckend sei. Positive wie negative Rückmeldungen kommen von Vertreter*innen unterschiedlicher Statusgruppen, sodass die unterschiedlichen Wahrnehmungen vermutlich auf regionale Unterschiede im Ausbau der Beratungslandschaft zurückzuführen sind. Dies bedarf der weiteren Qualifizierung. Ein durchaus vergleichbares Bild ergibt sich auf Grundlage der Rückmeldung zum Beratungsangebot in der Pflege. Auch hier deutet das unterschiedliche Antwortverhalten auf möglicherweise quantitative und qualitative Unterschiede im Beratungsangebot zwischen den drei Kommunen des Planungsraums hin. In den Erläuterungen wird explizit die bestehende Arbeit der Senioren-Service-Stellen sowie der EUTB thematisiert. Dabei wird deutlich, dass beide Angebote grundsätzlich positiv gesehen werden. Kritisiert wird dagegen die personelle Ausstattung der Senioren-Service-Stellen. Das entsprechende Personal sei zeitgleich mit sachfremden Bereichen befasst. Die Sprechstunden der EUTB im Planungsraum werden grundsätzlich positiv hervorgehoben. Allerdings wird ein fehlender Bekanntheitsgrad des Angebots in Wittgenstein benannt. Zudem scheinen Probleme bei der Zugänglichkeit zu bestehen. Dies bezieht sich möglicherweise auf die Tatsache, dass die EUTB keine dauerhaft besetzte Niederlassung in Wittgenstein unterhält. Die Rückmeldungen zur Arbeit der EUTB sowie der Senioren-Service-Stellen lassen erkennen, dass diesen seitens der Antwortenden durchaus das Potenzial bescheinigt wird, als bereichsübergreifende Anlaufstelle zu fungieren. Deutlich positiv bewertet wird der Vorschlag, eine **übergreifende Beratungsstelle** für Fragen im Zusammenhang mit Behinderung, Pflege und psychischen Problemen einzurichten. Alle Antwortenden äußern sich hier explizit bzw. tendenziell positiv. Dies verweist möglicherweise auf bestehende Schnittstellenprobleme, kann aber auch im Sinne einer positiv gewerteten Bündelung vorhandener Ressourcen durch eine übergreifende Beratungsstelle gedeutet werden.

Mit Blick auf das Thema **Mobilität** fällt auf, dass hier jeweils eine vergleichsweise geringe Zahl befragter Personen keine Einschätzung vornimmt. Die deutliche Mehrheit der Befragten schätzt den Ausbau des ÖPNV für die Erreichbarkeit notwendiger Angebote als dringend erforderlich ein.

Mit Blick auf die **gesetzliche Betreuung** fällt auf, dass hier eine vergleichsweise hohe Zahl befragter Personen keine Einschätzung vornimmt. In der Zusammenschau zeigt sich, dass die Unterstützung der Kommunen Wittgensteins für rechtliche Betreuer*innen sowie Selbsthil-

fegruppen von den antwortenden tendenziell kritisch gesehen wird. Die Unterstützung von Selbsthilfegruppen im Planungsraum durch die Kommunen wird von der Mehrheit der Befragten als eher nicht wirksam eingeschätzt. Den Einschätzungen der Befragten zufolge sind die Möglichkeiten, ihre Interessen wirksam in den Gremien des Planungsraums zu vertreten, für Menschen mit Behinderungen, Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit Pflegebedarf gleichermaßen stark begrenzt oder nicht vorhanden.

Sieben Befragte schätzen die Austauschmöglichkeiten mit Blick auf Stärken und Entwicklungsbedarfe im regionalen Sozialbereich tendenziell positiv ein. Die gleiche Anzahl Antwortender äußert sich hier tendenziell negativ. Explizit negativ äußern sich drei Befragte. Das nicht eindeutige Antwortverhalten lässt vermuten, dass im Planungsraum hinsichtlich der Austauschmöglichkeiten Unterschiede mit Blick auf die einzelnen Bereiche des Sozialwesens sowie zwischen den einzelnen Kommunen bestehen. In den Erläuterungen wird insbesondere der Austausch des Psychiatriebereichs im Rahmen des WIPS-Forums positiv hervorgehoben. Gleichermäßen nicht eindeutig sind Einschätzungen zur Unterstützung der Kooperation im Sozialbereich durch den Kreis Siegen-Wittgenstein. Diese wird von sieben Antwortenden tendenziell positiv beurteilt. Tendenziell negativ äußern sich hier vier Befragte, explizit negativ weitere drei. Auch dieser Befund deutet auf bereichsspezifische sowie kommunale Unterschiede hin. Bereichsspezifische Unterschiede scheinen zudem auch mit Blick auf die wirksame Beratung sozialpolitischer Probleme in den Gremien auf Kreisebene zu bestehen.

Schwierigkeiten scheinen sich in Wittgenstein vor allem dann zu ergeben, wenn Unterstützungsarrangements bereichsübergreifend bzw. sozialraumorientiert beraten und geplant werden müssten. Hier überwiegt seitens der Antwortenden eine tendenziell bzw. explizit negative Einschätzung. Tendenziell positiv wird die Nutzung sozialräumlicher Ressourcen von nur zwei Antwortenden eingeschätzt. Sozialraumorientierte Lösungsansätze zielen einerseits auf Stärkung der Adressat*innen sozialer Hilfen und andererseits auf die Schaffung und Nutzung fallunabhängiger Netzwerkressourcen durch die Anbieter dieser Hilfen. Mit Blick auf die drei hier betrachteten Bereiche würde letzteres bedeuten, dass die Akteure der Bereiche Kontakte zu Akteuren der anderen Bereiche haben, die sie im Bedarfsfall im Sinne ihrer Klient*innen nutzen können. Eine solche bereichsübergreifende Zusammenarbeit scheint in Wittgenstein jedoch nicht flächendeckend gegeben. Der These, wonach es an entsprechenden Kontakten mangelt, stimmen Antwortende mehrheitlich explizit und tendenziell zu. Tendenziell ablehnend antworten drei Befragte. Explizit wird die These von zwei Befragten zurückgewiesen. Vor

dem Hintergrund der zuletzt genannten Antworten wäre es interessant weitergehend zu klären, welche Formen und Wege bereichsübergreifender Zusammenarbeit aktuell im Planungsraum gepflegt werden. Zu diskutieren ist zudem, ob etwaige Ansätze sich auf einen größeren Maßstab skalieren lassen.

Eine Mehrheit der Antwortenden sieht auch in den kommenden Jahren einen Bedarf für zusätzliche Plätze im Bereich gemeinschaftlicher Wohneinrichtungen für Menschen mit sogenannter geistiger oder mehrfacher Behinderung. Das Antwortverhalten zeigt hier, dass entsprechende Wohnformen im Umfeld Sozialer Dienste in Wittgenstein – anders als in Teilen der Fachöffentlichkeit – noch nicht delegitimiert sind. Hier kann gefragt werden, worin die Ursachen für entsprechende Einschätzungen liegen. Denkbar sind zunächst vor allem etablierte Handlungspraxen sowie Konzepte in Sozialen Diensten. Möglich ist jedoch auch, dass die hier ausgedrückte Skepsis durch einen angespannten Wohnungsmarkt sowie den auch in Wittgenstein spürbaren Fachkräftemangel im Bereich Sozialer Dienste zusätzlich verstärkt wird. Beide Faktoren können im Zusammenwirken dazu führen, dass ein Ausbau ambulanter Alternativen (z. B. Ambulant betreute Wohngemeinschaften, Einzel- oder Paarwohnen) nicht in dem Maß erfolgt, wie er möglich wäre.

Die Situation im Planungsraum Ost ist – den Angaben der Antwortenden zufolge – grundlegend gekennzeichnet durch übliche Herausforderungen ländlicher Räume. Thematisiert werden insbesondere ein unzureichend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr sowie ein Mangel an bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum. Diese Faktoren können – in Verbindung mit etablierten Handlungspraxen und Konzepten Sozialer Dienste – dazu führen, dass offenbar bestehende Modernisierungsdefizite in Teilen des Sozialwesens nicht oder nur langsam überwunden werden. Der den Antwortenden zufolge auch in Wittgenstein spürbare Fachkräftemangel im Bereich Sozialer Dienste könnte diese Problematik zusätzlich verschärfen.

Folgt man den Einschätzungen der Antwortenden, so bestehen aktuell zwischen den Akteuren in Wittgenstein kaum bereichsübergreifende Kooperationen. Individuelle Problemlagen in Grenzbereichen zwischen mehreren Feldern scheinen vor allem durch spezialisierte Lösungen innerhalb der einzelnen Bereiche beantwortet zu werden (z. B. Wohnheimplätze für ältere Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung). Hierfür scheint insbesondere der Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen anfällig. Dazu kann gefragt werden, welche Ansätze bereichsübergreifender Kooperation in Wittgenstein konkret bestehen und wie diese gegebenenfalls im größeren Maßstab skaliert werden können. Die Antworten der Befragten weisen

grundsätzlich darauf hin, dass eine prinzipielle Offenheit zur bereichsübergreifenden Zusammenarbeit besteht sowie ein Bedarf an bereichsübergreifender Beratung gesehen wird. Mögliche Träger einer solchen Beratungsarbeit sind – den Antworten der Wittgensteiner Akteure zufolge – die bestehenden Senioren-Service-Stellen oder die EUTB; letztere unter der Prämisse eines ausgebauten Angebots in Wittgenstein.

Die Zusammenarbeit innerhalb der drei Bereiche unterscheidet sich in Wittgenstein offenbar erheblich von Feld zu Feld. Sie scheint insbesondere im Psychiatriebereich gut ausgebaut. In diesem Bereich fällt indes besonders deutlich auf, dass die Akteure mit der gegenwärtigen medizinischen Versorgung unzufrieden sind. Dies betrifft einerseits die fachärztliche Versorgung Wittgensteins im Bereich der Kinder- und Jugend- sowie Erwachsenenpsychiatrie und andererseits die räumliche Entfernung zu den bestehenden psychiatrischen Angeboten in Siegen. Letzterer Aspekt verweist auch erneut auf die bereits thematisierte – den Einschätzungen zufolge unzureichende – verkehrstechnische Verknüpfung beider Kreisteile, insbesondere durch den öffentlichen Nahverkehr.

Das Angebot in den drei hier betrachteten Bereichen wird von den Antwortenden insgesamt eher skeptisch beurteilt. Die Einschätzungen variieren jedoch zwischen den einzelnen Handlungsfeldern. Aufgrund der geringen Fallzahlen der hier dargestellten Befragungen bedürfen die hier vorgelegten Befunde einer weitergehenden Qualifizierung im Austausch mit Akteuren aus dem Planungsraum.

3.4 Planungsraum Süd / Wilnsdorf – Neunkirchen – Burbach

Insgesamt liegen Rückmeldungen von 15 Akteuren vor, die im Planungsraum Süd tätig sind. Die überwiegende Mehrzahl dieser Akteure sind Einrichtungen und Dienste (9). Neun Akteure sind ausschließlich im Planungsraum Süd tätig. Dies sind vier Vertreter*innen kommunaler Verwaltungen, eine Arztpraxis sowie vier Einrichtungen und Dienste. Während eine Fokussierung auf den Planungsraum bei Vertreter*innen der Verwaltung erwartbar ist, überrascht auch hier die Zahl von Einrichtungen und Diensten, die ausschließlich im Planungsraum tätig sind. Die übrigen Akteure sind in mindestens einem weiteren Planungsraum aktiv. Zwei von ihnen sind kreisweit tätig. Es liegen darüber hinaus fünf Rückmeldungen von Mitarbeiter*innen kommunaler Verwaltungen vor, in der als Tätigkeitsbereich alle Planungsräume mit Ausnahme der Kreisstadt Siegen angegeben werden. Keine Antworten liegen von Akteuren der Politik und der Selbsthilfe/Selbstvertretung vor. Im Antwortspektrum sind daher nicht alle relevanten Perspektiven vertreten. Die nachfolgende Tabelle stellt die Rückläufe im Zusammenhang mit dem Planungsraum Süd nach Statusgruppen dar.

Tabelle 9: Rücklauf nach Statusgruppen (Planungsraum Süd)

Statusgruppe	N
Einrichtungen und Dienste	9
Verwaltung	5
Politik	0
Selbsthilfe / Selbstvertretung	0
Sonstige	1
Gesamt	15

Die antwortenden Personen sind im Planungsraum Süd mit unterschiedlichen Personengruppen befasst. Ihre Angebote richten sich an alle hier abgefragten Zielgruppen, wobei die meisten Antwortenden mit pflegebedürftigen Menschen arbeiten (10). Die am wenigsten genannte Zielgruppe sind Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung (6). Mit Blick auf die Angaben zur Zielgruppe waren in der Befragung Mehrfachnennungen möglich. Die nachfolgende Tabelle stellt die entsprechenden Rückmeldungen in einer Übersicht dar.

Tabelle 10: Rücklauf nach Zielgruppen (Planungsraum Süd)

Zielgruppe	N
Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung	6
Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung	9
Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung	8
Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	7
Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf	10
Hilfen für ältere Menschen	9

3.4.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung

Die Befragten wurden um ihre Einschätzungen zu den Hilfsangeboten für Menschen mit verschiedenen Behinderungen im Planungsraum Süd (Wilnsdorf, Neunkirchen, Burbach) gebeten. Bei den allermeisten Fragen in diesem Fragenblock sieht sich eine klare Mehrheit der Antwortenden außer Stande, eine Einschätzung abzugeben. Darin könnte sich deren mehrheitliche Zugehörigkeit zum Pflegebereich und anderen Bereichen widerspiegeln. Es könnte aber auch ein Hinweis auf eine erhebliche sektorielle Abgrenzung der betreffenden Hilfebereiche sein.

Betrachtet man die Antworten, so fällt auf, dass die Angebote der *Frühförderung* im Planungsraum in der Tendenz durchgängig kritisch bewertet wird. Ein kontroverses Bild zeichnen die Antwortenden für das Angebot an inklusiver *Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen* im Planungsraum. Die Einschätzungen zu *Möglichkeiten inklusiver Beschulung* im Planungsraum sind durchgängig in der Tendenz negativ, wenngleich die geringe Anzahl der Antworten diesbezüglich keine klare Einschätzung zulässt. Mehr Befragte äußern sich zum Angebot an *familienunterstützenden Hilfen* im Planungsraum, welches mehrheitlich als tendenziell nicht ausreichend bzw. nicht ausreichend eingeschätzt wird. Der These, wonach im Planungsraum ein Mangel an *inklusive Wohnangeboten* für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung besteht, stimmen die Befragten mehrheitlich voll oder tendenziell zu. Dies verweist möglicherweise auf ein Festhalten der einschlägigen Träger an etablierten Einrichtungsformen (z. B. Wohnheimen) sowie auf einen allgemeinen Mangel an geeignetem Wohnraum in den drei Kommunen des Planungsraums Süd. Zu *inklusive Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten* weisen die Rückmeldungen auf einen Mangel an entsprechenden Angeboten hin. Anzu-merken ist, dass die Anzahl der Einschätzungen zu den vorangegangenen Aspekten insgesamt vergleichsweise niedrig ausfällt und daher als nur bedingt aussagekräftig gelten können. Nur eine befragte Person macht von der Möglichkeit Gebrauch, weitere Aspekte im Kontext der Befragung in Form von Erläuterungen zu ihren Einschätzungen zu thematisieren. Diese äußert

sich – aus der Perspektive einer kommunalen Verwaltung – zu unterschiedlichen Aspekten des Angebots der Hilfen für Menschen mit Behinderungen im Planungsraum Süd. Positiv hervorgehoben werden das Engagement einer Grundschule sowie der im Planungsraum vorhandenen Wohneinrichtung für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Das übrige Angebot wird dagegen deutlich kritisiert. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass es schwer sei im Bedarfsfall „einen Platz beim Therapeuten zubekommen [sic!]“.

Die Rückmeldungen zu den drängendsten Herausforderungen im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen im Planungsraum Süd thematisieren zum großen Teil Querschnittsthemen, wie den Wohnungsmarkt, die Barrierefreiheit öffentlicher und privater Einrichtungen (z. B. Geschäfte, Arztpraxen, Dorfgemeinschaftshäuser) sowie Fragen der Mobilität. Hinsichtlich vorhandener Barrieren im öffentlichen Raum wird explizit auf das Fehlen von „Verkehrssignalen mit Einrichtungen für hör- und sehgeschädigte Menschen“ sowie von abgesenkten Bordsteinen abseits von Bushaltestellen hingewiesen. Den Einschätzungen zufolge fehlt es zudem an Kontakt- und Beratungsangeboten sowie ambulanten Unterstützungsangeboten. Problematisiert wird daneben insbesondere die Situation von Menschen mit körperlicher, sogenannter geistiger bzw. Sinnesbeeinträchtigung am Arbeitsmarkt.

3.4.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie

Die Befragten wurden des Weiteren um ihre Einschätzungen zum Angebot im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum Süd (Wilnsdorf, Neunkirchen, Burbach) gebeten. Bei den allermeisten Fragen in diesem Fragenblock wurde deutlich, dass das psychiatrische Versorgungsangebot im Planungsraum von den Befragten für unzureichend eingeschätzt wird. Dies kann u. a. mit einem Mangel an ortsnahe stationären Behandlungsmöglichkeiten im Kreis Siegen-Wittgenstein zu tun haben (siehe dazu Projektpapier 2); explizit genannt werden z. B. das Fehlen von Ansprechpartner*innen vor Ort als Herausforderung für die Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen.

Den Antworten zufolge wird das Angebot der *kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung* im Planungsraum als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Zu einem ähnlichen Bild führen die Einschätzungen zum Angebot der *ambulanten psychiatrischen Versorgung für Erwachsene* (Hausärzt*innen und niedergelassene Psychiater*innen) und zum stationären psychiatrischen Versorgungsangebot. Die Einschätzungen erfolgen jeweils feldübergreifend. Auch das Angebot an *Anlaufmöglichkeiten bei psychosozialen Krisen* im Planungsraum wird von einer deutlichen Mehr-

heit der Befragten als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend wahrgenommen. Während die Einschätzungen zu diesen Angeboten vergleichsweise eindeutig ausfallen, überraschen die Antworten zur Frage nach den *ausbildungs- und beschäftigungsbezogenen Unterstützungsmöglichkeiten* für Menschen mit psychischen Erkrankungen und zur *Zuständigkeit für die Bedarfe wohnungsloser Menschen* im Planungsraum. Hier sieht sich jeweils eine hohe Zahl an Befragten außer Stande, eine Einschätzung abzugeben. Für die Einschätzungen der Befragten zu den *ausbildungs- und beschäftigungsbezogenen Unterstützungsmöglichkeiten* für Menschen mit psychischen Erkrankungen ergibt sich ansonsten ein gemischtes Bild tendenziell positiver und negativer Einschätzungen. In Bezug auf die *Zuständigkeit für die Bedarfe wohnungsloser Menschen* im Planungsraum liegen Einschätzungen von lediglich drei Befragten vor, die sich Einrichtungen und Diensten in unterschiedlichen Feldern zuordnen. Die Daten bedürfen einer weiteren Qualifizierung, um Problemanzeigen oder Stärken feststellen zu können. In der Tendenz als eher nicht ausreichend bewertet wird das *tagesstrukturierende Angebot* für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum. Auch Angebote der *Krisenintervention* werden als eher nicht vorhanden eingeschätzt. In den Einschätzungen der Befragten findet sich in diesem Zusammenhang der Hinweis auf das Fehlen von Ansprechpartner*innen vor Ort in der Kommune. Während sich der SPD in Wilnsdorf bzw. Siegen befindet, fehle ein*e Ansprechpartner*in in Burbach. Zur These, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum vorschnell zu Klient*innen wohnbezogener Eingliederungshilfe werden, überrascht die hohe Anzahl an Befragten, die sich zu keiner Einschätzung imstande sehen. In den offenen Erläuterungen zu ihren Einschätzungen thematisieren die Befragten neben bereits genannten Aspekten das vorhandene Angebot für Menschen mit Demenzerkrankungen und ihre Angehörigen. Dieses sei in psychosozialen Krisen und im stationären Bereich nicht hinreichend ausgeprägt. Es fehlten beispielsweise eine Memoryklinik und Beratungsstellen.

Gefragt nach den drängendsten Herausforderungen im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum Süd (Wilnsdorf, Neunkirchen, Burbach), wird am häufigsten auf Defizite im vorhandenen Versorgungsangebot hingewiesen. Die Befragten nennen hier das Fehlen einer ausreichenden ärztlichen Versorgung, Kontakt- und Beratungsstellen vor Ort und Möglichkeiten der Selbsthilfe. Auch die „Inklusion ins Arbeitsleben“ wird als Herausforderung benannt. Befragte nennen zudem das Thema Antistigmatisierung und die Herausforderungen von Tabuisierungen in Bezug auf psychische Erkrankungen. Weitere Themen sind das Fehlen von Einkaufshilfen in Geschäften für dementiell erkrankte Menschen sowie spezielle Informationen im Umgang mit dementiell erkrankten Menschen für Menschen im öffentlichen Raum, u. a. Polizisten*innen, Feuerwehr und Bankangestellte.

3.4.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege

Die Befragten wurden um ihre Einschätzung zu den Unterstützungsangeboten für ältere Menschen bzw. Menschen mit Pflegebedarf gebeten. Das Angebot der *offenen Altenhilfe/Altenarbeit* im Planungsraum wird von den Befragten sehr unterschiedlich bewertet. Von zehn Einschätzungen fallen fünf in der Tendenz negativ und fünf positiv aus. Die Daten bedürfen der weiteren Qualifizierung, um Stärken, Problemanzeigen und/oder Handlungsbedarfe festzustellen. Ähnlich gemischt wird das Angebot der vorhandenen *Pflegedienste* von den Befragten eingeschätzt. Ob die vorhandenen Pflegedienste den Bedarf decken können, scheint im Feld nicht klar zu sein. Ein eindeutigeres Bild ergibt sich für die Einschätzungen der Befragten zum vorhandenen Angebot an hauswirtschaftlicher Unterstützung im Planungsraum. Das Angebot wird in der Tendenz als eher nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Sowohl zum Angebot an *hauswirtschaftlicher Unterstützung* als auch zum Angebot an Kurzzeitpflegeplätzen sind eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Einschätzungen festzustellen. Das spricht dafür, dass beide Themen für die Akteure im Feld von erheblicher Bedeutung sind. Speziell der Bereich der hauswirtschaftlichen Unterstützung wird in den Einschätzungen zu den drängendsten Herausforderungen im Feld der Pflege als dringend ausbaubedürftig eingeschätzt. Das Angebot an *Kurzzeitpflegeplätzen* im Planungsraum wird feldübergreifend als nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Das Angebot an *stationären Pflegeeinrichtungen* wird von den Befragten als für kommende Jahre eher nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Auffällig ist hierbei, dass die Befragten, die keine Einschätzung abgeben, zu einem nicht unerheblichen Teil aus der Altenhilfe und Pflege kommen. Im Feld scheint es nicht immer klar zu sein, wie sich die Bedarfe an stationärer Pflege in den kommenden Jahren entwickeln könnten. Auch dem Thema Tagespflege wird eine große Bedeutung zugesprochen. Das Angebot an vorhandenen Tagespflegeplätzen im Planungsraum wird als (eher) nicht bedarfsdeckend bewertet. Das Angebot der *Unterstützung pflegender Angehöriger* im Planungsraum wird von den Befragten mehrheitlich als eher nicht bzw. nicht ausreichend eingeschätzt. Nahezu alle Befragten, die das Angebot als eher nicht bzw. nicht bedarfsdeckend einschätzen, ordnen sich der Altenhilfe und Pflege zu. Das spricht dafür, dass der Unterstützung pflegender Angehöriger im Feld eine große Bedeutung zugeschrieben wird. Das Hospizangebot im Planungsraum wird von den Befragten mehrheitlich als nicht bedarfsdeckend verfügbar eingeschätzt. Klare Problemanzeigen scheinen somit für die Bereiche der hauswirtschaftlichen Unterstützung, Kurzzeitpflege, stationären Pflege, Tagespflege, Unterstützung pflegender Angehöriger und Hospiz gegeben.

In den Erläuterungen zu ihren Einschätzungen thematisieren die Befragten nicht ausreichende Angebote im Bereich der stationären Versorgung, der Tagespflege, der Pflegedienste und der Entlastungsangebote. Vorhandene Angebote würden stark nachgefragt. Ihre Kapazitätsgrenzen seien in vielen Fällen bereits erreicht. Die Nutzung entsprechender Angebote sei für Betroffene daher mit langen Wartezeiten verbunden. Ein schnelles Handeln in Notsituationen sei so nicht möglich.

Hinsichtlich der drängendsten Herausforderungen in den Bereichen der Pflege und Hilfen für ältere Menschen nennen die Befragten v. a. Herausforderungen bzw. Lücken im vorhandenen Leistungsangebot: Es fehlten Kurzzeitpflege- und Pflegeplätze, Einrichtungen des betreuten Wohnens und Kapazitäten im ambulant betreuten Wohnen, um Betroffenen ein Leben in der eigenen Wohnung so lange wie möglich zu ermöglichen. Für den Bereich der Hilfen für ältere Menschen werden neben Herausforderungen zum Erhalt der eigenen Häuslichkeit wie Haushaltshilfen, Putzhilfen und größeren Kapazitäten im betreuten Wohnen hier insbesondere kulturelle und Freizeitangebote genannt, wie z. B. Bewegungsangebote in der Natur, Generationenbewegungsplätze, barrierefreie Wanderwege, Möglichkeiten der sozialen Teilhabe, Generationencafés, ein Ort zum gemeinsamen Lernen im Alter, Computerkurse und Begegnungsräume.

3.4.4 Übergreifende Themen

Die Befragten wurden auch um ihre Einschätzung zu den feldübergreifenden Themen ÖPNV, gesetzliche Betreuung, Selbsthilfe und Selbstvertretung sowie Kooperation und Koordination der Akteure im Planungsraum gebeten.

Eine Mehrheit der Befragten hält einen Ausbau des ÖPNV für eine bessere Erreichbarkeit zentraler Angebote für dringend notwendig. Während sich für den ÖPNV ein klarer Handlungsbedarf begründen lässt, fallen die Einschätzungen zur Unterstützung der gesetzlichen Betreuer*innen im Planungsraum uneindeutig aus und eine große Mehrheit der Befragten schätzt sich als nicht auskunftsfähig ein. Dies überrascht insofern, als dass i. d. R. alle drei Felder mit gesetzlichen Betreuer*innen in Kontakt stehen. Die Daten bedürfen der weiteren Qualifizierung, um Stärken, Problemanzeigen und/oder Handlungsbedarfe festzustellen.

Die Unterstützung der Selbsthilfegruppen im Planungsraum schätzt eine deutliche Mehrheit der Befragten als eher nicht wirksam ein. In den Erläuterungen, um die die Befragten gebeten wurden, wird angemerkt, dass es im Planungsraum „zu wenig Struktur“ und Informationen zu

den in einer Kommune vorhandenen Gruppen oder Hilfsangeboten gebe. Es fehle bspw. eine einheitliche Broschüre mit wesentlichen Informationen über vorhandene Hilfen.

Dass Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung ihre Interessen wirksam in den Gremien des Planungsraums vertreten können, wird von den Befragten als eher nicht bzw. nicht zutreffend eingeschätzt. Allerdings überrascht hier die vergleichsweise hohe Zahl an Befragten, die keine Einschätzung abgeben, weil sie sich zu einem deutlichen Anteil den Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderungen, körperlichen Behinderungen und sogenannter geistiger Behinderung zuordnet. Ähnlich negative Einschätzungen nehmen die Befragten in Bezug auf die Selbstvertretungen von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Menschen mit Pflegebedarf in den Gremien des Planungsraums vor. Besonders deutlich wird dies in Bezug auf die Interessenvertretung von Menschen mit Pflegebedarf, welche die Antwortenden mehrheitlich als negativ einschätzen.

Zur These, dass es im Planungsraum gute Möglichkeiten gibt, sich regelmäßig über Stärken und Entwicklungsbedarfe im regionalen Sozialbereich auszutauschen, fallen die Einschätzungen von Befragten feldübergreifend negativ aus. Eher positiv bewertet werden die Austauschmöglichkeiten zum regionalen Sozialbereich lediglich von zwei Akteuren aus dem Bereich Hilfen für ältere Menschen und Pflege eingeschätzt. Dass die Kooperation der Akteure im Sozialbereich von Kreisseite aus wirksam unterstützt wird, wird von den Befragten eher negativ eingeschätzt. Die Einschätzungen zu der These, dass die sozialpolitischen Probleme des Planungsraums in den relevanten Ebenen auf Kreisebene wirksam beraten werden, fallen uneindeutig aus. Insbesondere die hohe Anzahl an Befragten, die keine Einschätzungen abgeben, bedarf einer weiteren Qualifizierung.

Eine Mehrheit der Befragten kommt zu dem Ergebnis, dass die sozialräumlichen Bedingungen von Menschen mit Behinderungen im Planungsraum in die Planung von Hilfsarrangements eher nicht einbezogen werden. Überraschend ist dabei die Zusammensetzung der Befragten, die keine Einschätzung abgibt: Diese ordnen sich teilweise den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, den Hilfen für Menschen mit Körperbehinderungen und den Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderungen zu. Die Antwortenden sehen mehrheitlich einen stärkeren Bedarf an einer übergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie Menschen mit Pflegebedarf im Planungsraum. Keiner der Befragten meint, dass es in den nächsten Jahren keinen steigenden Bedarf an Wohnplätzen in gemeinschaftlichen Wohneinrichtungen geben

wird, die konkret vorliegenden Berechnungen kommen hier zu einer gegenteiligen Annahme. Freitextantworten thematisieren eine zu geringe Informationslage hinsichtlich bestehender Selbsthilfegruppen. Vorhandene Informationen würden „nur spärlich zugestellt oder kommuniziert“. Betroffene müssten sich selbst die Informationen zusammensuchen, die sie brauchen. Auch wie in Politik und Gremienarbeit die relevanten Themen behandelt würden, sei unklar. Möglichkeiten, sich regional zu diesen Themen auszutauschen, seien nicht bekannt.

Die Befragten wurden außerdem um eine Einschätzung zu den drängendsten feldübergreifenden Herausforderungen im Planungsraum Süd (Wilnsdorf, Neunkirchen, Burbach) gebeten. Befragte nennen das Thema Mobilität und den Ausbau des ÖPNV und merken in diesem Zusammenhang an, dass der ÖPNV zeitlich ungünstig getaktet sei zwischen den Hauptorten und den jeweiligen Ortsteilen. Befragte nennen als Lücken im vorhandenen Angebot Haushaltshilfen, alternative Wohnformen und individuelle Wohnarrangements. Das Thema Wohnraum wird als Herausforderung genannt. Als weitere Herausforderungen werden zu geringe finanzielle Fördermittel, die fachärztliche Versorgung, lokale Ansprechpartner*innen vor Ort, Angebote zur sozialen Teilhabe im Alter, Versorgungssicherheit im Planungsraum sowie eine sozialräumliche Planung gelistet. Viele dieser Aspekte werden lediglich stichwortartig genannt und bedürfen der weiteren Qualifizierung.

3.5 Planungsraum West / Freudenberg

Für den Planungsraum Freudenberg liegen 12 ausgefüllte Fragebögen vor. Die Befragten antworten hauptsächlich aus der Perspektive von Einrichtungen und Diensten, die sich ganz überwiegend an Erwachsene richten. Die Perspektive der Verwaltung wird durch zwei Akteure vertreten, die Perspektive der Selbsthilfe / Selbstvertretung wie auch der Politik wird lediglich von je einem*r Antwortenden eingenommen.

Tabelle 11: Rücklauf nach Statusgruppe PR West

Statusgruppe	n
Einrichtungen und Dienste	7
Verwaltung	2
Politik	1
Selbsthilfe / Selbstvertretung	1
Sonstige	1

Etwa sieben bzw. neun der Antwortenden sind vorrangig im Bereich der Pflege und der Hilfen für ältere Menschen tätig. Acht Akteure haben Schwerpunkte im Bereich der Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung, sechs im Bereich der Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. Fünf Akteure nennen auch Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen als Schwerpunkt, vier Akteure sehen Schwerpunkte im Bereich psychischer Erkrankungen.

Tabelle 12: Rücklauf nach Zielgruppe PR West

Zielgruppe	n
Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung	6
Hilfen für Menschen mit körperlicher Behinderung	8
Hilfen für Menschen mit Sinnesbehinderung	5
Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen	4
Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf	7
Hilfen für ältere Menschen	9

Im Antwortspektrum sind somit alle relevanten Perspektiven vertreten, wenn auch mit einer insgesamt relativ niedrigen Gesamtzahl, so dass die Ergebnisse mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten sind.

3.5.1 Soziale Infrastruktur im Bereich Behinderung

Die Befragten wurden um ihre Einschätzungen zu den Hilfsangeboten für Menschen mit verschiedenen Behinderungen im Planungsraum West (Freudenberg) gebeten. Bei den allermeisten Fragen in diesem Fragenblock sieht sich eine klare Mehrheit der Antwortenden außer Stande eine Einschätzung abzugeben. Darin spiegelt sich möglicherweise deren mehrheitliche Zugehörigkeit zu anderen Bereichen wider. Es könnte aber auch ein Hinweis auf die sektorielle Abgrenzung der betreffenden Hilfebereiche sein. Betrachtet man die Antworten, fällt auf, dass die abgegebenen Einschätzungen zur Bedarfsdeckung in der Frühförderung und der inklusiven Bildungsangebote im Kita-Bereich für Freudenberg recht positiv ausfallen, während die schulischen Inklusionsangebote vergleichsweise kritisch bewertet werden. Aus der Gruppe der Einrichtungen und Dienste wird dies im offenen Antwortfeld so zusammengefasst: „Im Kitabereich ist Freudenberg gut aufgestellt, nicht aber in den Schulen, hier fehlt es an Personal und am räumlichen Ausbau“. Ungedekte Bedarfe werden tendenziell im Bereich der familienunterstützenden Angebote gesehen, während im Hinblick auf die Verfügbarkeit inklusiver Wohnangebote eine deutliche Problemanzeige zu erkennen ist. Individuelle Wohnarrangements in der eigenen Wohnung oder WGs von Menschen mit Behinderungen sind – so eine Antwort im

offenen Fragefeld – nicht vorhanden. Ebenfalls aus dem Bereich der Einrichtungen und Dienste wird auf das Problem des Mangels an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum hingewiesen. Ein ähnlich kritisches Bild ergibt sich im Hinblick auf Einschätzungen zu vorhandenen inklusiven Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Freudenberg, die als zu wenig verfügbar eingeschätzt werden.

Gefragt nach der Verfügbarkeit von Beratungsangeboten für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung sehen 7 von 10 Antwortenden hier Defizite. In den offenen Antwortfeldern wird über die einzelnen Behinderungsarten hinweg darauf hingewiesen, dass weitere Angebote zur sozialen Begegnung im Freizeit- und Kulturbereich (aktivierende Kulturangebote, Theater spielen, u. ä.) wichtig wären. Zudem wird auch ein Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit gesehen, um die Akzeptanz von Menschen mit verschiedenen körper- und sinnesbezogenen Behinderungen zu erhöhen. Als weitere Punkte werden in der offenen Antwortrubrik Mängel im Bereich der örtlichen fachärztlichen Versorgung von Menschen mit Behinderungen benannt sowie Probleme der Mobilität.

3.5.2 Soziale Infrastruktur im Bereich Psychiatrie

Die Befragten wurden um ihre Einschätzungen zum Angebot im Bereich der Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen im Planungsraum West (Freudenberg) gebeten. Den Antworten zufolge wird das Angebot der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung im Planungsraum als eher nicht oder nicht bedarfsdeckend eingeschätzt. Dies könnte auch mit einem Mangel an ortsnahe stationären Behandlungsmöglichkeiten im Kreis Siegen-Wittgenstein zu tun haben (siehe dazu Projektpapier 2). Nur leicht positiver wird die entsprechende stationäre und ambulante Versorgungslage im Planungsraum in der Erwachsenenpsychiatrie gesehen, hier gibt immerhin eine von acht Personen an – wenn auch mit Einschränkungen – das vorhandene Angebot sei bedarfsdeckend. Eine deutliche Problemanzeige wird aus den Einschätzungen zur Frage nach den Anlaufmöglichkeiten bei psychosozialen Krisen im Planungsraum deutlich. Die Antwortenden sehen hier einen Mangel an Angeboten. Zu gleichen Teilen positive und kritische Einschätzungen werden hinsichtlich der derzeitigen Praxis der psychiatrischen Krisenintervention vorgenommen. Gleiches ergibt sich aus dem Antwortverhalten bei der Frage nach der Zuständigkeit für wohnungslose Menschen in Freudenberg.

Gefragt nach den drängendsten Herausforderungen bei der Unterstützung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Freudenberg wird am häufigsten auf Defizite bei der fachärztli-

chen und psychotherapeutischen Versorgung hingewiesen. Genannt werden auch das Fehlen einer niedrigschwellig zugänglichen Kontakt- und Beratungsstelle in Freudenberg sowie mangelnde Angebote zur Begegnung und Freizeitgestaltung. Hervorgehoben wird die Problematik der beruflichen Integration, die vor Ort zu wenig gesehen würde, sowie das Problem des Mangels an bezahlbarem Wohnraum. Entwicklungsbedarf wird auf Seiten der Ordnungs- und Sozialbehörden etwa beim Umgang mit Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten mit Personen in akuten psychischen Krisen gesehen. Umgekehrt wird von Verwaltungsseite darauf hingewiesen, dass von den Einrichtungen und Diensten bzw. der Selbsthilfe bisher keine entsprechenden Probleme artikuliert worden seien.

3.5.3 Soziale Infrastruktur im Bereich Pflege

Die Befragten wurden auch um ihre Einschätzung zu verschiedenen Unterstützungsangeboten für ältere Menschen und Menschen mit Pflegebedarf gebeten. Dabei wurden die Angebote der offenen Altenhilfe, wenn auch mit Abstrichen, als einigermaßen zufriedenstellend eingeschätzt. Allerdings weist eine Rückmeldung im offenen Fragebereich darauf hin, dass es gut wäre, die älteren Menschen intensiver auf das vorhandene Angebot hinzuweisen und zum Mitmachen zu motivieren. Ähnlich zurückhaltend positiv wird die Möglichkeit ambulanter Pflegedienste bewertet, vorhandene Pflegebedarfe in Freudenberg abzudecken. Hier wird auf die Problematik des Personalmangels hingewiesen, der sich insbesondere auch bei der häuslichen Unterstützung dementiell erkrankter Menschen negativ auswirke.

Eher problematisch wird das Angebot im Bereich hauswirtschaftlicher Unterstützung bewertet, hier schätzt keiner der Befragten das Angebot als bedarfsdeckend ein. Nicht gedeckte Bedarfe werden im Bereich niedrigschwelliger Hilfen gesehen, etwa zur Entlastung bei der Bewältigung des alltäglichen Lebens, z. B. in Form von Einkaufshilfe, Begleitung zum Arzt oder verschiedener Hilfen im Haushalt. Auch wird ein breiteres kulturelles Angebot als erforderlich betrachtet, um Risiken der Vereinsamung pflegebedürftiger Personen vorzubeugen.

Eher problematisch werden auch die Angebote an Kurzzeitpflegeplätzen sowie an verfügbaren Tagespflegeplätzen eingeschätzt. Trotz des statistisch eigentlich gedeckten Bedarfs, sehen es nahezu alle Antwortenden in den nächsten Jahren als eher erforderlich an, weitere stationäre Pflegeplätze in Freudenberg zu schaffen.

Überwiegend positiv wird das Angebot zur Unterstützung pflegender Angehöriger in Freudenberg

berg eingeschätzt. Durchgängig eher kritisch wird das Angebot an Hospizdiensten bewertet. Insgesamt wird deutlich, dass die Unterstützungssituation in Freudenberg im Bereich der Pflege als noch zufriedenstellend bewertet wird. Den eher kritischen Bewertungen zur Verfügbarkeit von Angeboten niedrigschwelliger Hilfen sowie in der Kurzzeit- und Tagespflege, die eine wichtige komplementäre Funktion für die häusliche Pflege haben, steht die Einschätzung gegenüber, dass künftig mehr stationäre Pflegeplätze erforderlich seien. Es wäre möglicherweise lohnenswert, diesen Zusammenhang zu diskutieren.

3.5.4 Übergreifende Themen

Die Befragten wurden um ihre Einschätzung zum **Beratungsangebot** für verschiedene Zielgruppen gebeten. Die Senioren-Servicestelle wird in einem Eintrag im offenen Antwortfeld als durch zu viele Aufgaben überlastet beschrieben. Als eher nicht bzw. nicht ausreichend werden entsprechende Angebote für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung und für Menschen mit psychischen Erkrankungen eingeschätzt. Etwas positiver, wenn auch mehrheitlich kritisch, fallen die Einschätzungen zum Beratungsangebot im Bereich der Pflege aus. Erstaunlicherweise findet der Vorschlag einer übergreifenden Beratungsstelle für alle Zielgruppen die Zustimmung aller Antwortenden.

Nahezu alle Antwortenden sehen es als dringend erforderlich an, den **Öffentlichen Personennahverkehr** auszubauen. Dabei wird auch auf den Ansatz der ‚Bürgerbusse‘ verwiesen.

Erstaunlich ist, dass nur sehr wenige Befragte eine Bewertung zur **Arbeit der gesetzlichen Betreuer*innen abgeben**, obwohl die meisten Teilnehmer*innen an der Befragung aus dem Bereich der Hilfen für erwachsene Menschen kommen. Dies deutet darauf hin, dass dieser eigentlich sehr wichtige Aufgabenbereich in der Fachöffentlichkeit bisher nur wenig Aufmerksamkeit erfährt und unterstützt möglicherweise die Annahme, dass die Akteure der gesetzlichen Betreuung nicht angemessen in die entsprechenden Gremien und Planungsaktivitäten eingebunden sind.

Die Fragen zur **Unterstützung von Selbsthilfe- bzw. Selbstvertretungsansätzen** in Freudenberg wurden von den Antwortenden sehr zurückhaltend bearbeitet. Ansätze zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen wurden teilweise erkannt. Bezogen auf die Möglichkeiten der Selbstvertretung von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, mit psychischen Erkrankungen oder mit Pflegebedarf in kommunalen Gremien wurden meist keine Einschätzungen gemacht. Am ehesten wurde bei Menschen mit Pflegebedarf die Möglichkeit gesehen, dass sie

ihre Interessen wirksam in kommunale Gremien einbringen können. Im offenen Fragefeld findet sich die Rückmeldung, dass oben genannte Gruppen im Planungsraum „nur unzureichend Gehör [finden], eine übergeordnete, übergreifende und niederschwellige Beratungsstelle wäre mehr als wünschenswert“.

Die Befragten wurden um Einschätzungen zur **Qualität der Kooperation und Koordination der Akteure des Sozialbereichs** in Freudenberg gebeten. Die Möglichkeiten, sich regelmäßig über Stärken und Entwicklungsbedarfe des Sozialbereichs in der Planungsregion auszutauschen, werden weder deutlich positiv, noch deutlich negativ eingeschätzt. Die Unterstützung der Akteure durch die Kreisverwaltung wird verhalten positiv bewertet, wobei die Einschätzung leicht überwiegt, dass sozialpolitischen Themen des Planungsraums in den Kreisgremien eher nicht wirksam beraten werden. Beklagt wird im offenen Fragefeld, dass „eine umfassende, vernünftige Vernetzung“ fehlt, ebenso eine „umfassende sozialräumlich Planung“. Eher kritisch wird die Berücksichtigung der sozialräumlichen Bedingungen eingeschätzt, wenn es um die Planung von Hilfearrangements für Menschen mit Behinderungen geht. Hier wird die Aussage gemacht, das Hilfeplanverfahren sei noch immer „ein stark von Verwaltungsvorgaben geprägter Akt“. Nahezu alle Antwortenden sehen einen Mangel bei der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Psychiatrie und Pflege in Freudenberg.

Bei der Frage, ob in den nächsten Jahren ein weiterer Bedarf an gemeinschaftlichen Wohnformen in Freudenberg zu erwarten ist, äußern alle Beteiligten die Einschätzung, dass dies der Fall sein wird. Wie im Bereich der Pflege könnte dies im Zusammenhang mit eher kritischen Bewertungen zur Verfügbarkeit von offenen Angeboten bzw. Angeboten im Vor- und Umfeld des Leistungsgeschehens diskutiert werden.

4 Betrachtung der Ergebnisse für den Gesamtkreis

In der Zusammenschau der Einschätzungen der Akteure zu den einzelnen Planungsräumen lassen sich für den Kreis Siegen-Wittgenstein übergreifend eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Unterschieden feststellen, die im Folgenden übersichtsartig und zusammenfassend dargestellt werden.

Hilfen in der frühen Kindheit, Kindertagesstätten und schulische Förderung

Im Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderungen fallen die Einschätzungen der Befragten in den Themenbereichen Frühförderung, Kindertageseinrichtungen und Schule in allen Planungsräumen unterschiedlich aus, lassen daher für den Gesamtkreis keine Benennung eindeutiger Tendenzen zu. Die Einschätzungen zur Inklusion im Vorschulbereich fallen insgesamt etwas positiver aus als die im Schulbereich.

Ausbildung und Beschäftigung

Die Ergebnisse der Befragung weisen deutlich auf bestehende Herausforderungen im Bereich inklusiver Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten hin, allerdings werden Unterschiede zwischen verschiedenen Hilfebereichen erkennbar. Eher kritische Einschätzungen liegen insbesondere für den Bereich der Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung vor; benannt werden Veränderungsresistenzen hinsichtlich der Anpassung von WfbMs an die Vorgaben der UN-BRK und des BTHG. Die Aktivitäten zur beruflichen Eingliederung der Fachstelle für behinderte Menschen im Amt für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung des Kreises Siegen-Wittgenstein sowie das vom LWL 2019 gestartete Modellprojekt „neue Teilhabe Arbeit“ (nTA) zur Verbesserung von Zugängen behinderter Menschen zum allgemeinen Arbeitsmarkt, schlagen sich in den Einschätzungen nicht nieder, sie werden auch in den offenen Antworten nicht genannt. Demgegenüber fallen die Rückmeldungen zur beruflichen Rehabilitation von Menschen mit psychischen Erkrankungen positiver aus. Dies begründet sich möglicherweise in einem breiteren und stärker inklusionsorientiert ausgerichteten Angebotsspektrum in diesem Bereich.

Die Verfügbarkeit von Angeboten Unterstützter Beschäftigung wird von den Befragten dennoch insgesamt als begrenzt eingeschätzt. Hingewiesen wird aber auch auf einen generellen Mangel an Inklusionsbetrieben im Kreisgebiet wie auch an Einfacharbeitsplätzen. Unklar ist, inwiefern beispielsweise Potenziale inklusiver Beschäftigung in kommunalen Dienstleistungsbetrieben

bisher in den Blick genommen wurden. Die Rückmeldungen deuten insgesamt darauf hin, dass bisherige Aktivitäten für inklusive Beschäftigung im Kreis Siegen-Wittgenstein aus Sicht der Befragten nicht ausreichen bzw. bestehende Initiativen in ihren Wirkungen begrenzt bleiben.

Wohnen

In der Zusammenschau der Antworten aus allen Planungsräumen wird bereichsübergreifend das Problem der mangelnden Verfügbarkeit barrierefreien und bezahlbaren Wohnraums hervorgehoben. Dabei besteht offensichtlich ein Mangel an kleineren Wohnungen, die für den Ausbau des ambulant betreuten Wohnens erforderlich sind. Hinsichtlich der Realisierung inklusiver Wohnarrangements wird neben dem Mangel an geeignetem Wohnraum auch auf die eingeschränkte Verfügbarkeit ambulanter Unterstützungsleistungen sowie auf deren unzureichende Vernetzung mit nachbarschaftlichen und familiären Unterstützungsformen im Vor- und Umfeld des Leistungsgeschehens hingewiesen. Die Einschätzungen zur Wohnraumproblematik unterstreichen die Notwendigkeit eines kooperatives Vorgehens, mit dem Ziel, die Frage nach geeignetem Wohnraum für Menschen mit Behinderungen, psychischen Erkrankungen und Pflegebedarf auf die Agenda der örtlichen Wohnungspolitik zu setzen, z. B. auch im Rahmen des im zweiten Inklusionsbericht des Kreises Siegen-Wittgenstein vorgesehenen „Kompetenzteams“ bzw. Runden Tisches „aller relevanten Akteure“.

Für die Universitätsstadt Siegen weisen die Rückmeldungen zudem auf drängende Herausforderungen in Bezug auf die Wohnungslosigkeit von Bürger*innen in schwierigen Lebenslagen hin. Die diesbezüglichen Antworten weisen darauf hin, dass häufig Zuständigkeitsprobleme entstehen und Kooperationsprobleme deutlich werden. Die einzelnen Bereiche des Hilfesystems arbeiten aus Sicht der Wohnungslosenhilfe eher versäult, wobei die komplexen Problemlagen von Klient*innen oft eine eindeutige Zuordnung zu Angeboten der Psychiatrie, Pflege oder Hilfen für Menschen mit Behinderungen erschweren.

Pflege

Die Einschätzungen der Befragten weisen kreisübergreifend auf einen Mangel an ambulanten Pflegeangeboten hin. Auch die Verfügbarkeit von Kurzzeit- und Tagespflege, die eine wichtige komplementäre Funktion für inklusive Wohnmöglichkeiten und häusliche Pflege haben, wird in der Akteursbefragung vergleichsweise kritisch eingeschätzt. Andererseits geht eine Mehrheit der Befragten davon aus, dass künftig mehr stationäre Pflegeplätze bzw. mehr Plätze in gemeinschaftlichen Wohnformen erforderlich seien. Dies deckt sich jedoch nicht mit den Bedarfsvo-

rausberechnungen auf der Basis der prognostizierte Bevölkerungsentwicklung (siehe Projektpapier 2). Einige Rückmeldungen betonen in diesem Zusammenhang, dass Versorgungsdefizite in der ambulanten Pflege einen steigenden Bedarf an stationären Versorgungsangeboten beförderten. Breite Zustimmung gibt es hinsichtlich der hohen Bedeutung einer umfassenden Pflegeplanung, welche alle Bereiche ambulanter und stationärer Pflege und insbesondere auch deren Wechselwirkungen möglichst systematisch und datenbasiert in den Blick nimmt.

Psychiatrische Versorgung

Im Bereich der Psychiatrie weisen Rückmeldungen kreisweit auf Engpässe im Bereich ambulanter und stationärer Versorgung sowohl von Kindern als auch von Erwachsenen hin. Defizite werden in Bezug auf offene und niedrigschwellige Angebote zur Gestaltung einer sinnvollen Tagesstruktur gesehen. Ein besonderer Mangel wird hinsichtlich bedarfsgerechter Unterstützungsangebote in akuten psychosozialen Krisen zurückgemeldet. In der Folge sähen viele Menschen bei akuten Krisen im Kreis Siegen-Wittgenstein keine Alternative zu einer stationären Aufnahme im Kreisklinikum. Im Anschluss an stationäre Aufenthalte wird wiederum auf eine mangelnde Erreichbarkeit und lange Wartezeiten bezüglich ambulanter, psychiatrischer Behandlungsmöglichkeiten hingewiesen. Verwiesen wird in diesem Zusammenhang auch auf eine hohe Bedeutung bestehender Selbsthilfegruppen, welchen aus Sicht der Befragten häufig eine Überbrückungsfunktion bei langen Wartezeiten auf Behandlungs- und Therapieangebote zukomme, die nicht dem eigentlichen Zweck von Selbsthilfe entspreche. Hier zeigt sich ein Zusammenhang zur Bedeutung der wirksamen Unterstützung von Selbsthilfeinitiativen auch in diesem Bereich.

Individuelle Gesamtplanung und Pflegeplanung

Rückmeldungen weisen auf einen erschwerten Zugang zum Hilfesystem hin, wenn Menschen mit komplexen Problemlagen Rat und Hilfe suchen. Die praktizierten Formen der individuellen Gesamtplanung für Leistungen der Eingliederungshilfe und der Pflegeplanung zeigen bei diesem Personenkreis deutliche Schwächen und es wird Entwicklungsbedarf gesehen. Insbesondere solche Personen, die neben funktionalen Beeinträchtigungen der körperlichen Gesundheit auch psychische Probleme haben und herausforderndes Verhalten zeigen, können rasch zu „unattraktiven Kunden“ für Leistungserbringer werden. Vor allem bei starker Auslastung von Diensten müsse der genannte Personenkreis bei Hilfeanfragen damit rechnen, abgewiesen oder weiterverwiesen zu werden. Einzelne Rückmeldende deuten an, dass die akute Angebotsknappheit und der Fachkräftemangel gerade im Pflegebereich, d. h. in einem teilweise

marktförmigen Leistungssystem, in Verbindung mit einer tendenziell eher versäulten Angebotsstruktur dazu führe, dass Personen mit komplexeren Problemlagen keine angemessene Unterstützung erhalten.

Eine weitere Dimension eines solchen erschwerten Zugangs aufgrund einer mangelnden Attraktivität für Leistungsanbieter umfasst Personen in eher peripheren ländlichen Räumen. Einzelne Rückmeldungen weisen darauf hin, dass beispielsweise für Menschen mit ambulanten pflegerischen Unterstützungsbedarfen in Teilen Wittgensteins die Marktförmigkeit ambulanter Pflege zu einem Problem zu werden drohe, da sie für ambulante Pflegedienste bei steigender Nachfrage zu wirtschaftlich „unattraktiven Kunden“ werden.

Offene Hilfen, Beratung und bereichsübergreifende Anlaufstellen

Die Einschätzungen der Beratungsinfrastruktur fallen sowohl in Bezug auf die Planungsräume wie auch auf die drei hier untersuchten Felder unterschiedlich aus. Beratungsangebote im Bereich Behinderung werden lediglich im Planungsraum Mitte von einer Mehrheit der Befragten eher als bedarfsdeckend eingeschätzt, während in allen anderen Planungsräumen das Beratungsangebot für Menschen mit Behinderungen als eher nicht bedarfsdeckend erachtet wird. Besonders ausgeprägt sind die Problemanzeigen hier in den Planungsräumen Ost (Erndtebrück, Bad Berleburg, Bad Laasphe), Süd (Wilnsdorf, Neunkirchen, Burbach) und West (Freudenberg).

Die Einschätzung der Beratungsangebote im Bereich Psychiatrie fällt in fast allen Planungsräumen ebenfalls unterschiedlich aus und lässt keine klare Tendenz einer Einschätzung für den Gesamtkreis zu. Lediglich im Planungsraum West (Freudenberg) besteht den abgegebenen Einschätzungen zufolge eher ein Mangel an Beratungsangeboten im Bereich psychiatrischer Hilfen.

Im Bereich der Pflege werden die bestehende Beratungsangebote in den Planungsräumen Mitte (Universitätsstadt Siegen) und Süd (Wilnsdorf, Burbach, Neunkirchen) mehrheitlich als bedarfsdeckend eingeschätzt. Keine klare Tendenz zeigen die Rückmeldungen für die Planungsräume Nord (Kreuztal, Hilchenbach, Netphen) und West (Freudenberg). Auf einen tendenziellen Mangel an Beratungsangeboten im Bereich der Pflege weisen die Einschätzungen für den Planungsraum Ost (Erndtebrück, Bad Berleburg, Bad Laasphe) hin.

Die Angebote der Familienunterstützung und der Entlastung pflegender Angehöriger werden zwar insgesamt als entwicklungsbedürftig eingeschätzt, aber die Dringlichkeit dieses Anliegens scheint von Region zu Region unterschiedlich.

Eine sehr klare Einschätzung für den Gesamtkreis geben die Rückmeldungen hinsichtlich des Bedarfs einer übergreifenden Anlauf- und Beratungsstelle für Fragen im Zusammenhang mit Behinderung, Pflege und psychischen Problemen. In den Planungsräumen Mitte (Universitätsstadt Siegen) und Nord (Kreuztal, Hilchenbach, Netphen) hält eine deutliche Mehrheit der Befragten Akteure die Einrichtung einer übergreifenden Beratungsstelle für den Planungsraum für sinnvoll. Für die übrigen Planungsräume teilen sogar alle Teilnehmenden diese Auffassung. Für den Planungsraum Mitte (Universitätsstadt Siegen) wird in den offenen Rückmeldungen noch darauf verwiesen, dass die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) zumindest theoretisch bereits einen entsprechenden Anspruch verfolgt.

Zusammenarbeit in Gremien und Selbstvertretung

Rückmeldungen zur partizipativen Ausrichtung von Gremienstrukturen weisen darauf hin, dass eine aktive Betroffenenbeteiligung in Gremien mehr durch Selbstvertretungen von Senior*innen und Personen mit Pflegebedarf realisiert wird als durch Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen oder mit psychischen Erkrankungen. Zu prüfen wäre, wie die erforderlichen strukturellen und individuelle Voraussetzungen für eine Betroffenenbeteiligung an bestehenden Gremien verbessert werden können.

Hinsichtlich sozialpolitischer Herausforderungen in einzelnen Planungsräumen geht die Mehrzahl der Einschätzungen in allen Planungsräumen tendenziell eher nicht davon aus, dass diese in den relevanten Gremien auf Kreisebene wirksam beraten werden. Zu berücksichtigen ist hier allerdings eine vergleichsweise geringe Anzahl von Einschätzungen für alle Planungsräume, die wiederum Fragen nach den Gründen für die Zurückhaltung der Akteure aufwirft.

Feldübergreifende Kooperation

Die feldübergreifende Zusammenarbeit zwischen Akteuren und Organisationen aus den Hilfen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung, für Menschen mit psychischen Erkrankungen sowie für Menschen mit Pflegebedarf wird in allen Planungsräumen des Kreises von einer deutlichen Mehrheit der Befragten als entwicklungsbedürftig eingeschätzt.

Sozialraumorientierung

Eine sozialräumliche Ausrichtung der Planung von Hilfearrangements sieht eine deutliche Mehrheit der Befragten in allen Planungsräumen bisher nicht. In offenen Rückmeldungen wird auf einen Bedarf an mehr Vernetzung und sozialräumlicher Planung hingewiesen.

Antwortverhalten im Rahmen der Befragung

Im Antwortverhalten der Befragten ist erkennbar, dass viele Akteure Schwierigkeiten haben, Einschätzungen zu Themen abzugeben, die nicht explizit das eigene Feld betreffen. Diese hohe Anzahl von „keine Einschätzung möglich“-Rückmeldungen bezieht sich erstaunlicherweise häufig auf Themen, die den Akteuren aus ihrem eigenen Feld durchaus bekannt sind. Dies unterstreicht die Annahme einer hohen Abgrenzung der drei Felder untereinander und unterstützt auch die Annahme einer relativ ausgeprägten Spezialisierung nach innen. Diese sektoriellen Haltungen kommen möglicherweise auch zum Tragen, wenn es um offensichtlich feldübergreifende Bedarfe geht. Personenzentrierte Hilfen bei komplexen Problemlagen sowie die zunehmende Verzahnung der Leistungsbereiche erfordern jedoch eine bereichsübergreifende Kooperation bezogen auf den Einzelfall und darüber hinaus.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Rücklauf nach Zielgruppen gesamt	9
Tabelle 2: Rücklauf nach Planungsraum gesamt	9
Tabelle 3: Rücklauf nach Statusgruppe PL Mitte	10
Tabelle 4: Rücklauf nach Zielgruppe PL Mitte	11
Tabelle 5: Rücklauf nach Statusgruppen PR Nord	18
Tabelle 6: Rücklauf nach Zielgruppen PL Nord	19
Tabelle 7: Rücklauf nach Statusgruppen PR Ost	30
Tabelle 8: Rücklauf nach Zielgruppen PR Ost	31
Tabelle 9: Rücklauf nach Statusgruppen (Planungsraum Süd)	44
Tabelle 10: Rücklauf nach Zielgruppen (Planungsraum Süd)	45
Tabelle 11: Rücklauf nach Statusgruppe PR West	51
Tabelle 12: Rücklauf nach Zielgruppe PR West	52

This image shows a full page of blank handwriting practice paper. It features 20 evenly spaced horizontal grey lines across the entire page, providing a guide for letter height and placement. The background is white, and there are no margins or additional markings.

[illegible]

[illegible]

